

BACKER ZEITUNG

Offizielles Organ
des Verbandes der Bäcker und Verußgenossen Deutschlands
(Sitz Hamburg 1), Bienenbinderhof 57, „Gewerkschaftshaus“.

Offizielles Organ
der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Verußgenossen Deutschlands
(Sitz Dresden), Liliengasse 12.

Proletariat und Massenstreik in ultramontaner Beleuchtung — vor 25 Jahren.

Wie ein Märchen aus alten Zeiten, so klingt es uns entgegen aus einem Buche, das vor nunmehr 25 Jahren in dem bekannten katholischen Verlage von Franz Kirchheim in Mainz erschienen ist und den ehemals sehr einflussreichen ultramontanen Sozialpolitiker Constantin Franz zum Verfasser hat. In dem noch heute lesenswerten Buche, das den Titel führt: „Die soziale Steuerreform“, wird die damals einhegende Bismarcksche Zoll- und Steuerpolitik aufs Schärfste bekämpft und als der einzige Weg zur Gesundung des Wirtschaftslebens wird die Einführung einer progressiven Einkommen- und Erbschaftsteuer empfohlen. Der Inhalt des Buches wirft ein eigenartiges Licht auf die Entwicklung, die das Zentrum innerhalb eines Vierteljahrhundert vollzogen hat und auf die Wandlung, die die ultramontanen Arbeiterfreunde durchgemacht haben. Es dürfte sich verlohnen, dem Gedankengange des Verfassers nachzugehen, was auch insofern von aktuellem Interesse ist, als er den proletarischen Massenstreik in den Bereich seiner Erörterungen zieht.

Zunächst beschäftigt sich der Verfasser mit der elenden Lage der arbeitenden Bevölkerung und in anschaulicher Weise hebt er die sozialen Unterschiede zwischen dem Reich und dem Armen hervor. „Wein, Wahrheit, Lieben“ wird bestritten können, daß die Fortschritte unserer materiellen Zivilisation, wovon so viel Ruhmens gemacht wird, vorzugsweise den oberen und am meisten den kapitalistischen Klassen zu gute kommen. Die Frage, ob die Verbesserung des Zustandes der Arbeiterklasse im gleichen Verhältnis fortgeschritten ist, wie bei den oberen Klassen, muß entschieden verneint werden. Der Gegensatz zwischen Arm und Reich hat sich verschärft, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß sich auch das subjektive Bedürfnisgefühl in den unteren Schichten gesteigert hat. Die Massen sind kultivierter geworden und auch ihre rechtliche Stellung hat sich verändert, denn die Entwicklung hat die Arbeiter zu freien, gleichberechtigten Staatsbürgern gemacht. Was wir heute die arbeitenden Klassen nennen, hat schon an und für sich eine viel größere Bedeutung als ehemals.“

Mit Recht weist Franz darauf hin, daß die rechtliche und kulturelle Hebung des Proletariats das Streben nach materieller und geistiger Hebung nach sich zieht und daß die Konsequenz der veränderten Stellung des modernen Arbeiters zu einem immer schrofferen Widerspruch führe zwischen der Bedeutung des Proletariats in staatsrechtlicher, kultureller und volkswirtschaftlicher Beziehung einerseits und seiner wirtschaftlichen Lage andererseits. Er hat die ganz richtige Empfindung, daß es ein Urding ist, denselben Arbeiter, der politisch zu einem gleichberechtigten Staatsbürger geworden ist, in wirtschaftlichen Dingen zu einem unfreien Sklaven machen zu wollen; während der Wahl wird der Arbeiter von den bürgerlichen Kandidaten umhüllt und mit „Herr“ angeredet, man preist seine politische Einsicht und appelliert an seine Vaterlandsliebe, nach der Wahl hat ihn kein Mensch mehr außer der Rechnung. Auch noch auf einem anderen Gebiete kann man diesen Widerspruch beobachten. „Dem allgemeinen Stimmrecht entspricht die allgemeine Wehrpflicht, und wieder sind es die arbeitenden Klassen, die den Hauptbestandteil der Regimenter bilden. Wird es dann einmal ernst mit der Wehrpflicht, dann heißen die Leute Vaterlandsverteidiger oder das Volk in Waffen“, aber die Rot vorüber und hat der Wehrmann die Uniform ausgezogen, dann wird dies Volk in Waffen von der „guten Gesellschaft“ lieber die „Canaille“ genannt, die man nötigenfalls mit Kartätschen zur Ruhe bringen mußte. Nehmlich wie die Herren Wähler, nachdem das Wahlgeschäft vorüber ist, mit dem schönen Namen „Stimmvieh“ belegt werden. Die Frage ist aber, ob die arbeitenden Klassen sich noch lange als Canaille behandeln lassen und ob sie Stimmvieh sein und bleiben wollen.“

Tatsächlich wird diese Frage immer brennender und verlangt gebieterisch eine Antwort. Die zum Massenbewußt-

sein erwachten Arbeiter wollen aus ihren Ertragsansprüchen auf politischem, kulturellem und geistigem Gebiete die konsequente Folgerung ziehen und sich die wirtschaftliche Freiheit und Gleichheit erkämpfen: sie wollen keine Ware mehr sein, die auf dem Arbeitsmarkte gekauft wird wie Baumwolle oder Petroleum oder Schmieröl, sie wollen nicht mehr den Gehehen von Angebot und Nachfrage unterworfen bleiben und lediglich ein Ausbeutungsobjekt sein für den Kapitalisten. „Läßt sich wohl ein klassenderer Widerspruch denken, als daß Leute in so gedrückter und so abhängiger Stellung und bei solcher Unsicherheit ihrer Existenz trotzdem als vollberechtigte Staatsbürger auftreten sollen, während sie doch nur Lohnsklaven des Kapitals sind? Gelten sie gleichwohl vor dem Geetze als vollberechtigte Staatsbürger, so ist das ein Widerspruch zwischen dem bestehenden Recht und den tatsächlichen Verhältnissen, der in irgend einer Weise gelöst werden muß. Entweder müssen die Verhältnisse geändert werden oder das Recht muß sich ändern. An das letztere ist nicht zu denken, wenn auch wohl manche in ihrem Herzen es wünschen möchten, daß die Rechtsgleichheit und das allgemeine Staatsbürgerrecht wieder rückgängig gemacht werde. Ein Versuch dazu würde die Revolution gewissermaßen legitimieren. Es bleibt also nichts anderes übrig, als die arbeitende Klasse von der Kapitalherrschaft zu befreien, damit sie die nötige Unabhängigkeit und Erleichterung bekommt, die durch ihre Staatsbürgerrechte gefordert wird.“

Dieser bürgerliche Sozialpolitiker hat das Dilemma, in dem sich die kapitalistische Gesellschaft befindet, klar erkannt und die Forderung dieses Gegenjages klar vorausgesetzt. Heute beobachten wir deutlicher als vor 25 Jahren, wohin die Entwicklung treibt: der Kapitalismus nimmt die wirtschaftliche Unfreiheit des Proletariats als Ausgangspunkt und will von hier aus die Arbeiter politisch entrechteten und geistig knechten, der Sozialismus geht von der politischen Gleichberechtigung aus und will diese auf das wirtschaftliche Gebiet übertragen. Politische Freiheit und wirtschaftliche Unfreiheit sind miteinander unverträglich, entweder die eine oder die andere muß fallen, entweder erkämpft sich der proletarische Staatsbürger seine wirtschaftliche Freiheit oder seine politischen Rechte werden ihm genommen. Ein Drittes gibt es nicht und die heutige Zwischenstellung ist auf die Dauer unhaltbar. Wir sehen ja auch überall, wie die beiderseitigen Streitkräfte aufmarschieren, um den entscheidenden Kampf auszufechten. Diesen kommenden Kampf hat Franz mit prophetischen Worten geschildert: „Die rechtliche Freiheit und die Gleichheit vor dem Geetze ist fast überall anerkannt, der Regierungszwangsstaat liegt in den letzten Zügen, selbst das allgemeine Stimmrecht dringt immer weiter vor und reißt alle Dämme nieder, die man dagegen zu errichten unternommen hat. Wird aber die Revolution abgeschlossen sein, nachdem sie solchermaßen ihren Umzug durch Europa gehalten hat? Nein, noch lange nicht. Vielmehr wird damit erst der Same zu einer neuen und viel tiefer greifenden sozialen Revolution ausgesäet sein, weil sich inzwischen auch überall der innere Widerspruch entwickelt hat zwischen der rechtlichen Freiheit und Gleichheit und der tatsächlichen Unfreiheit und Ungleichheit. Denn die Revolution hatte ihr Werk nur halb getan, indem sie die rechtliche Freiheit und Gleichheit proklamierte, ohne zugleich für die realen Einrichtungen zu sorgen, wodurch die neu geschaffenen Staatsbürger auch wirtschaftlich gesichert wurden. Es erfolgte vielmehr das Gegenteil, weil das Kapital oben aufkam und an Stelle des mittelalterlich agrarischen Feudalismus den neuen Feudalismus setzte. In dieser Beziehung bleibt also noch alles zu tun übrig. Aber das muß man wissen: daß wir uns damit vor die größte Aufgabe gestellt haben, die jemals in der Weltgeschichte hervorgetreten ist. Denn noch niemals hat es einen Zustand gegeben, wonach alle Elemente der Gesellschaft vollberechtigt und in ihrer Berechtigung zugleich sichergestellt gewesen wären. Von der schwierigen Aufgabe einer neuen positiven Ordnung der Gesellschaft hatten die großen Revolutionsmänner selbst kaum

eine Ahnung. Sie meinten, wenn nur erst alle Elemente der Gesellschaft rechtlich in Freiheit gesetzt wären, so würde daraus ganz von selbst die allerbeste Ordnung entspringen. Das war ein Irrtum. Was man auch gegen den Sozialismus sagen mag, die Tatsache bleibt unbestreitbar, daß er es war als der erste, und daß er es bis jetzt allein nur ist, der die Aufgabe einer neuen positiven Organisation der Gesellschaft mit vollem Bewußtsein ins Auge gefaßt hat. Darin liegt seine Weltaufgabe, seine universale Bedeutung. Die Sozialisten fühlen sich infolgedessen als die Träger eines neuen Gesellschaftsprinzips, sie fühlen sich berufen zur Begründung einer neuen Gesellschaftsordnung, mit der eine neue Periode der menschlichen Entwicklung beginnen soll.“

Es macht heutzutage einen eigenartigen Eindruck auf uns, wenn wir lesen, wie unbefangen und anerkennend dieser katholische Schriftsteller einmal den Sozialismus und der Sozialdemokratie gegenüber stand, und wenn wir diese Unbefangenheit vergleichen mit der gehässigen Vorurteilsgenauigkeit, welche die heutigen Ultramontanen uns gegenüber an den Tag legen. Constantin Franz erkannte unumwunden an, „daß es erst der sozialistischen Agitation bedurfte, bis man überhaupt dazu kam, neben allen Gehehen, die vorzugsweise die Interessen der bestehenden Klassen betreffen, nebenher auch einen Blick zum Schaden der arbeitenden Klassen zu werfen“, er hob ausdrücklich hervor: „Aus eigenem Antrieb und aus der schöpferischen Initiative der Regierungen ist nichts hervorgegangen, sondern das Wenige, was wirklich geschehen ist, läuft der Sache nach nur auf abgeschwächte Gedanken der Sozialisten hinaus. Und sehr erklärlich, da diese eben die einzige Partei sind, die sich ausdrücklich mit den Zuständen und Bedürfnissen der von ihrer Arbeit lebenden Klasse beschäftigt, wie sie auch in diesem Punkte unstreitig die meiste Sachkenntnis besitzt.“ Das klingt ganz anders, wie man es heute von den ultramontanen Schreibern zu hören gewohnt ist. Und ferner schreibt Franz: „Man hat lange Zeit hindurch gar nichts Angehöriges in der kapitalistischen Produktionsweise bemerken wollen und unsere Manchestermänner behaupten noch heute, es sei alles in bester Ordnung. Erst die Sozialisten waren es, die sich zu der Idee aufschlangen, daß eine andere und bessere Gesellschaftsordnung bestehen könne und solle. Es bleibt ihr unbestrittenes Verdienst, über alle jene Dinge ein neues Licht angezündet zu haben, infolgedessen nun jedermann, der überhaupt sehen will, auch den Ausbeutungsprozeß sehen kann, den das Eigentum in seiner Eigenschaft als werbendes Kapital in immer steigendem Maße treibt. Ebenso unstreitig ist es das Verdienst der Sozialisten, die Gedanken der Neuordnung der Gesellschaft nach gerechten Prinzipien zuerst in die Bahn geleitet zu haben, während sie vorher der Staatslehre ganz fremd waren.“

Mit großer Schärfe wendet sich Franz von seinem Standpunkte als Sozialreformer aus gegen die Ungerechtigkeit der heutigen Gesellschaftsordnung und gegen das Bestreben, der Arbeiterklasse immer neue Lasten aufzubürden. „Ist es gerecht, daß derjenige, der selbst nichts für die Gesellschaft getan hat und tut, gleichwohl die besten Früchte der gesellschaftlichen Kulturarbeit erntet und genießt? Ist es gerecht, daß diejenigen, die mit ihrem Schweiß alle Genutmittel hervorbringen, selbst am allerwenigsten davon zu genießen bekommen? Und hier ist es das Verdienst des Sozialismus, daß er zu allererst die Idee einer wirtschaftlichen Gerechtigkeit aufgestellt hat. Wie wenig bedeutet es doch in dieser Beziehung, daß man bei der Veranlagung zu den direkten Steuern die untersten Volksklassen mit einiger Schonung behandelt, während sie durch die indirekten Steuern umso mehr überlastet werden! Fragt man nämlich, wie die Besteuerung des Massenkonsums die Steuerlast auf die verschiedenen Volksklassen und ihre Leistungsfähigkeit verteilt, so muß man sagen, daß die Zölle und die Konsumsteuern geradezu als umgekehrte Progressionssteuern wirken. Unter Umständen verdoppelt und verdreifacht sich sogar die Unverhältnismäßigkeit. Denn wer eine Familie

Als die Hebung der produktiven Arbeit für die Gesellschaft jedem Tage klar zu sehen, führt er uns das Bild eines Generalstreiks vor Augen. Denke man sich nur einen allgemeinen Streik der ganzen arbeitenden Masse, selbst nur für eine Woche lang, und was für ein Zustand würde das sein? Ganz außer Betracht bleibe dabei der materielle Verfall, der daraus entspringe, wenn einstweilen die ganze materielle Production aussetzte, dasgleichen die meisten Verlegenheiten, die im einzelnen daraus entstehen würden, wenn auf einmal kein Schmeis, kein Eisenerz, kein Zucker, kein Glas u. s. w. mehr zu haben wäre. Galt

[illegible]

Unter dem 29. Oktober 1889 ist ein Gepräch zu-
 laße mit der gegenwärtigen Kaiserin Augusta Viktoria
 einwärts, in dem die Kaiserin das gar zu viele Verun-
 reihen ihres Gatten mißbilligte. Nach Tisch hat der

besserung von 2 oder 3 A. pro Stunde erhalten hat, und viel mehr wird so leicht nicht einer bekommen. Das macht bei 3 A. stündlicher Aufbesserung im Jahr die runde Summe von 90 M., während die Preissteigerungen der allernotwendigsten Lebensmittel mindestens das Doppelte beträgt. Die paar Pfennige Lohnaufbesserung sind also längst wieder durch die ständige Teuerung aller Bedarfsartikel aufgezehrt worden. Dem Arbeiter bleibt nur die Wahl, entweder zu hungern oder seinem Körper minderwertige Nahrungs- und Genußmittel zuzumessen zu lassen. Diese Tatsache ist erst kürzlich von dem Vorstand der Konsum- und Produktivgenossenschaft „Befreiung“ in Elberfeld festgestellt worden. Der Verein zählt 5600 Mitglieder. Nach seinem diesjährigen Bericht heißt es: „Der gesamte Konsum der hauptsächlichsten Nahrungs- und Genußmittel hat sich verschoben und zwar derart, daß der Absatz von gehaltreichen, kräftigenden Produkten zurückgeht, statt dessen aber die minder nahrhaften Lebensmittel im Konsum steigen und den Hauptverbrauch bilden.“

Der Bericht führt diesen Zustand auf die zunehmende Teuerung zurück, die eine Folge des Zolltarifs ist. Auch die „Arbeitsmarktkorrespondenz“ schreibt, daß als Rückschlag der Preissteigerung ein von Monat zu Monat immer größer werdender Konsumrückgang bemerkbar wird, der in den Wintermonaten noch weiter greifen wird.

Und bei alledem erstreckt die menschliche Gesellschaft fast in dem Reichtum an Waren den sie produziert. Die Kapitalisten müssen auch nach China und Afrika gehen, um ihre ungeheuren Vorräte an Waren, Schuhen und Stiefeln, Kleidern und Uhren, Holz- und Eisenwaren los zu werden. Der arbeitenden Bevölkerung aber, die all diese Reichtümer schafft, wird der notwendigste Lebensbedarf durch Steuern und Zölle künstlich verteuert. Die Regierung trägt nicht allein die Schuld, sie tut, was die besitzenden Klassen wollen.

Schuldig an der Not, an der Brotteuerung, an der ganzen schmerzhaften Not der Zeit sind die bürgerlichen Parteien im Reichs- und Landtag, die für den Zolltarif, für die ungeheuren Militär- und Marineausgaben und die dadurch notwendig gewordenen neuen Steuern und Zölle gestimmt haben. Aber auch die Arbeiter sind an diesen Zuständen mitschuldig. Oft genug sind sie auf die Existenz gefahren, die sie vom Agrarierum bedrohten, hingewiesen worden. Immer und immer wieder hat die Arbeiterpresse und nicht zuletzt die Gewerkschaftspresse vor der Gleichgültigkeit gegenüber den agrarischen Bestrebungen gewarnt und zur einmütigen Unterstützung der sozialdemokratischen Partei, als der zuverlässigsten Hilfe gegen den Lebensmittelmangel aufgefordert. Ein großer Teil unserer Arbeitsbrüder hat unsere Warnungen in den Wind geschlagen, und nur so ist eine agrarische Reichstagsmehrheit entstanden, nur so konnte die Lebensmittelmangelpolitik zur Durchführung kommen. Jetzt müssen wir die Folgen dieser schädlichen Gleichgültigkeit gegen das Agrarierum tragen. Die notwendigen Nahrungsmittel des Volkes werden uns ungemein verteuert; unsere Lebenshaltung, die wir mit so schweren Opfern mittels der Gewerkschaften etwas verbessert haben, wird herabgedrückt zu Gunsten einer kleinen, moralisch und finanziell verkommenen Clique, dem Junkertum.

Die Arbeiterpresse nimmt in Erkenntnis des Fehlers, den sie durch ihre Gleichgültigkeit gegen das Junkertum begangen hat, jetzt wenigstens entschieden gegen die künstliche Verteuerung der Lebensmittel Stellung. Nebenbei werden Protestversammlungen einberufen, wird förmlich die Aufhebung der Grenzsperrung gefordert, um wenigstens die Fleischsalinität etwas zu mildern, allenthalben wird die Beseitigung aller Lebensmittelzölle gefordert. Das alles ist jedoch nur halbe Arbeit. Der Arbeiter, der es ernst meint mit seiner Familie, der nicht tatenlos zusehen will, wie seine Kinder langsamem Siechtum entgegengehen, der wird sich nicht damit begnügen, am Biertisch über die

teuren Betten zu schlumpfen oder vielleicht auch einmal einer Protestversammlung beizuwohnen, nein, ein solcher Arbeiter wird eintreten in die Reihen derer, die den Lebensmittelmangel ernstlich bekämpfen, ein solcher Arbeiter wird zur Erkenntnis kommen, wer es ehrlich mit dem Volke meint und wer nicht.

Es wird höchste Zeit, daß jeder den bürgerlichen Parteien und der bürgerlichen Presse den Abschied gibt und mit in der Sozialdemokratie kämpft für des Volkes Recht und für Brot, damit es besser werde auf Erden.

Wischnowski, der „Erkürmer“ von Magdeburg.

Genau so, wie vor Kurzem der „gelbe Gustav“ — wie er spottweise von den Berlinern genannt wird — in Altona eine Gastrolle gab, so hatte sich diesmal dieser eitle und zugleich struppellose Mensch Magdeburg als Abblaster seiner platten, leichten, nur für gedankenlose Köpfe berechneten Mäxchen ausgetoren. Wie jedesmal, so auch diesmal, versucht er nur dort sein Glück, wo er glaubt, mit seinen Getreuen in der Mehrheit zu sein. Er liebt auch die Heimlichkeit; er kommt wie der Dieb in der Nacht, um die Versammlungen zu überrumpeln, wozu er vorher die „Meisterknechte“ gehörig mobil macht. Seine, den Berlinern bekannte, für Kenner lächerlich wirkende Demagogikpolitis wandte der „gelbe Säppling“ (wie er sich selbst bezeichnete), natürlich auch hier an. Einmal lobte er Abwesenheit, auch mal ein paar gegnerische Disziplinäre, wenn diese ihm auch noch so arg mitgespielt haben, sich natürlich stellte er, wie überall, um bei den Meisterknechten Einbruch zu machen, als Ausbund des Anstandes und der Sachlichkeit hin, worauf ihm die Magdeburger Kollegen prompt erklarten, daß ihnen ein bißiger Löwe lieber sei, als ein schleimender, hinterlistiger, im Schatzpelz verpackter Wolf. Daß der Herr, der in jedem Satz ein paar Mal das Wort „gewissermaßen“ braucht oder mißbraucht, es mit der Wahrheit nicht immer ganz genau nimmt, braucht nicht noch gesagt zu werden, versteht sich vielmehr bei der unnatürlichen Stellung und mit Rücksicht auf seine Jünglingshintermänner von selbst.

Es ist nicht Aufgabe dieser Zeilen, die ganze Schmeichelei und Fälschung zu erzählen, mit der derselbe Mensch, der sich in Berlin in den großen öffentlichen Versammlungen ängstlich und feige drückt, auswärts vor den jungen Kollegen operiert, sondern es soll nur hier an zwei Beispielen gezeigt werden, wie dieser leichte, charakterlose Salonredner mit dem ewigen selbstgefälligen, bornierten Lächeln im Gesicht, vor untüchtigen Kollegen zu verleumden sucht, was ihm nicht in den Kram paßt. Er hat in Magdeburg am 18. Oktober in öffentlicher Versammlung, wo er ganz heimlich von Bäckermeistern hingerufen war, und dort seinen ganzen Stab mit dem bekannten gebildeten Völkchen, der stets in der Versammlung nur laut: „Quatsch, alles Quatsch!“ zu schreien imstande ist, zusammengetrommelt hatte, die größten Mäxchen über die Berliner Versammlungen und Versammlungsbesucher unter dem gläubigen Gehör seiner Getreuen erzählt.

Nr. 1. Der Mensch behauptete dreist, die Versammlungsbesucher seien meist Gelegenheitsarbeiter oder Leute, die überhaupt nicht arbeiten wollten!!! Namentlich die, die vorne saßen!!!

Fabrikarbeiter und Bauarbeiter sorgten dafür, daß die Versammlungen voll waren, sonst würde er unüberwindlich sein.

Nr. 2. Wie es den Leuten auf einen Schwindel mehr oder weniger in der Hartmannschen Zeitung nicht ankommt, behauptete derselbe Herr, daß er in jeder öffentlichen Versammlung in Berlin von den Bäckergelehrten fortwährend rülpelhaft unterbrochen und sogar beschimpft worden sei.

Kollege Gehschold, der in jener Versammlung in Magdeburg im Referat durch die gelben Rabanbelden

beschwert sich Caprivi über „so viele Generale, die sich beim Kaiser beliebt machen wollen, um ihn (Caprivi) zu hängen. Auch Miquel sei nicht zuverlässig. Unter den Intriganten gegen Caprivi wird besonders Waldersee genannt.

Eine allerliebste Episode erfahren wir über den kontervativen Reichstagsabgeordneten Grafen Kanitz. Er war 1894 abfällig bei Einladung der Gäste zu einer kaiserlichen Galaafel in Königsberg übergangen worden. Als er das erfuhr, verhinderte er schließlich die Abendung der Brachvogel, die er dem Kaiser für dieses Festmahl zugedacht hatte.

Unter dem 15. Dezember 1898 urteilt Hohenlohe über die preussischen Junker: „Alle diese Herren pfeifen auf das Reich und würden es lieber heute als morgen aufgeben.“

Ueber kleine Gernegroße berichtet Hohenlohe unterm 18. Juni 1890, kurz nach Entlassung Bismarcks: „Mir ist in Berlin aufgefallen, daß die Individuen geschwollen sind. Jeder einzelne fühlt sich. Während früher unter dem vorwiegenden Einfluß Bismarcks die Individuen eingeschrumpft und gedrückt waren, sind sie jetzt alle aufgegangen wie Schwämme, die man ins Wasser gelegt hat.“

Am 11. Dezember 1899 war im Berliner Schloß Soiree gewesen. Wilhelm II. war auf Berlin zu sprechen gekommen, hatte Ausfälle auf Magistrat und Stadtwahlmänner gemacht und gesagt, man werde es in Berlin noch so weit bringen, daß die Sozialdemokraten die Mehrheit im Stadtverordnetenkollegium haben würden. Dann würden diese die Bürger plündern. Ihm sei das gleichgültig. Er werde Schießhaken in das Schloß machen lassen und zusehen, wie geplündert werde. Dann würden die Bürger ihn schon um Hilfe anrufen.

Es ist ein wertvoller Buch, diese Denkwürdigkeiten aus dem Leben Hohenlohes. Die bürgerliche Presse ist über seine Veröffentlichung jammernlos. Was über die Intriguen bei Hofe und über manches andere darin gesagt ist, macht die verwegene Stimmung in den Hofkreisen über die Enthüllungen begreiflich. Das Jena nach hundert Jahren! Ein zweites Jena.

Und der Faden wird nicht abreißen. Schon wird gedroht, Graf Kanitz, Bismarcks Schwager, solle nunmehr zur Redande des dritten Band der Memoiren Bismarcks verurteilt werden. Das wird kaum geschehen, denn das wäre zu gefährlich. Die Memoiren müßten allzu sehr fastriert werden und dadurch an Wert verlieren. — Die Arbeiterklasse steht dem Vohwabobu in den Hofkreisen mit Mute und einer aufrichtigen Freude gegenüber. Solche Enthüllungen erschüttern das Fundament des Klassenstaats aus wirksamste. Sie sind der Anfang vom Ende. Und Kanitz hat dem Proletariat die Lösung gegeben, auf alles gerüstet zu sein.

a la Landes fortwährend gestört wurde, hatte durch Zwischenrufe diese Erzählungen sofort als dreiste Lügen gekennzeichnet. Als Antwort kam dann jedesmal ein neues Märchen.

Es wird wohl niemand wundern, daß der Gelb die Redezeit zweimal in der unerbittlichsten Weise mit seinen Mäxchen in die Länge zog, also mißbrauchte. Und nachdem er das zweitemal geendet hatte, sofort mit seiner gesamten Leibgarde, die die pöbelhaftesten Schimpfwörter gebrauchte, feig das Lokal verließ, trotzdem bis zum Abgang seines Juges noch eine volle Stunde Zeit war und der Bahnhof in einer Viertelstunde zu erreichen ist. Die Flucht vollzog sich mit einer eSchwindigkeit, als wenn ihm der Teufel im Nacken läge. Er fürchtete das Strafgericht, das über ihn durch das Schlusswort unseres Referenten gekommen wäre, wollte auch die Ohren seiner Schächchen vor der Aufdeckung seiner Unwahrheiten behüten.

Aus dem Tilly von Magdeburg wurde ein jammervoller Kuroppaffin. Der Verband wird solchen unaufrichtigen Deutschen gegenüber, die die Redefreiheit zur Redefreiheit degradieren, keine Maßnahmen treffen. Den Berliner Kollegen aber sei durch obige Schilderung der wahre Wert eines struppellosen Demagogen, der sogar Arbeitslose beschimpft, die vielleicht erst durch ihn und seine Geistesbrüder aus Arbeit gebracht wurden, vor Augen geführt und können ihn danach selbst beurteilen.

Bemerkt sei noch, daß unsere Verbandskollegen, die durch die Konsumbäder-Affäre, welche weidlich von Wischnowski in seinem Sinne ausgenutzt wurde — noch zersplittert und verunreinigt wurden, ziemlich schwach vertreten waren. Es waren 23 Verbandsmitglieder und 42 Gelbe anwesend. Das ist auch eine Frucht langjähriger Gegenagitation der bekannten Clique. Mögen diese Beispiele unsern überzeugten Kollegen und allen denen, die es angeht, eine neue Lehre sein, daß nur eine gründliche Scheidung und Reinigung im Interesse der Gesamtarbeiterklasse und im Interesse der Annäherung unserer Kollegen an die große Befreiungsarmee der Arbeiterklasse mit Freunden zu begrüßen ist.

Treibt es so weiter, Ihr Gelben, mit Euren Geistesverwandten, und — wir sind mit Euch zufrieden.

Dom Ausland.

Vom Bäderstreik in Budapest berichtet die Wiener „Bäderzeitung“: Was sich seit Beginn des Streiks abgespielt, ist beispiellos in der Geschichte des bürgerlichen Bädergewerbes. Während der ganzen bisher zweimonatlichen Dauer des Streiks fanden sich alles zusammen 8 bis 10 Berufsarbeiter, die sich als Streikbrecher hergaben, alle übrigen Arbeiter, und wenn sie bereits nach so langer Arbeitslosigkeit herumgegangen waren, nehmen an dem Streik mit der größten Ausdauer teil. Selbst solche ältere Arbeiter, welche früher nie zur Teilnahme an einem Streik zu bewegen waren, haben sich jetzt dem Streik angeschlossen und beweisen die höchste Kollegialität. Und dennoch dauert der Kampf, offen und ehrlich eingestanden, selbst zu unserer Ueberraschung schon zwei Wochen, ohne den geringsten Erfolg erreicht zu haben oder eine begründete Aussicht, den Kampf bald mit Erfolg beenden zu können. Der Grund hierfür ist, daß die Bäckermeister mit Hilfe von Lehrlingen, Hausdienern und Putzern zwar ekelhaftes, ungesundes und kaum genießbares Brot und Milchbrot, aber doch in solchen Quantitäten zu erzeugen imstande sind, daß der notwendige Prothetbedarf gedeckt werden kann. Die Bäckermeister erleiden zwar riesige Verluste, die Konsumenten konsumieren nur mit dem größten Ekel die Produkte der selbst mit der minimalisten Reinlichkeit auf Kriegsfuß stehenden ungelerten Arbeiter, aber der Schutz der Behörde, welche die sanitätswidrigen Missethate nicht nur duldet, sondern auch protegiert, und der Druck der Großproduzenten auf die Kleinmeister bewirken dennoch, daß beide Einigungsverhandlungen am 15. und 25. Oktober infolge der Schroffheit der Delegierten der Meister — langer Großproduzenten — erfolglos blieben. Am 26. und 27. Oktober haben Streikversammlungen stattgefunden, in welchen über die weitere Taktik beraten wurde. Jeder Streikende, der sich hierzu meldete, erhielt vom ersten Tage ab Frühstück und Nachtisch; ferner werden 400 bis 500 Mittagmahl täglich, meistens an Arbeitslose, von Beginn an ausgeteilt. Die Kosten wurden bis nun aus den eigenen Mitteln der Streikfasse bestritten. Der Streik ist mittlerweile am 29. Oktober beendet worden. Die Meister gestanden eine Erhöhung des Kostgeldes um 3 Kr. wöchentlich und 2 Kr. Quartiergeld für solche, die nicht beim Meister schlafen, ferner die 10stündige Arbeitszeit und die Einhaltung des Bäderstatuts zu. Sämtliche Streikende wurden ohne Ausnahme in die Arbeit zurückgenommen.

Oesterreich. Vorbereitungen der Wiener Bäderarbeiter zur Kündigung des Tarifvertrages. Wie bereits mitgeteilt wurde, fanden in Wien 17 Versammlungen statt, davon 16 an einem Tage, in denen die Frage der Tarifkündigung erörtert wurde. Die Versammlungen waren durchgehend gut besucht, einige sogar überfüllt, und überall war die Stimmung der Kollegen dafür, daß der Tarif gekündigt werden soll. Es wurde in allen Versammlungen nachfolgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige Versammlung gibt, ohne der durch Abstimmung zu erfolgenden Entscheidung vorzuziehen zu wollen, ihrer Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Kündigung des Tarifvertrages Ausdruck. Waren die im gegenwärtig geltenden Tarife festgesetzten Löhne schon zur Zeit ihrer Stipulierung unzureichend, so sind sie heute angesichts der horrenden Teuerung aller notwendigen Bedarfsartikel ganz und gar unzulänglich geworden. Auch die Arbeitszeit erfordert dringend eine Regelung im Sinne einer Verkürzung und Erleichterung, da die jetzt tariflich geltende einer kulturwidrigen Ausnützung der Arbeitskraft gleichkommt, durch die die Gesundheit körperlich und geistig geschädigt und die große Arbeitslosigkeit gefördert wird. Neben der dringend notwendigen Regelung einer Reihe anderer Fragen ist auch unbedingt erforderlich, daß im Falle einer neuen Tarifvereinbarung feste Garantien für die Durchführung und Einhaltung des Tarifes geschaffen werden.“

Die Versammlung macht es allen Wiener Bäderarbeitern zur Pflicht und Schuldigkeit, daß sie sofort dem Verbands der Bäderarbeiter Oesterreichs als Mitglieder beitreten und tatkräftig mitwirken, damit das Werk der menschenwürdigen Gestaltung unserer Arbeits- und Lebensverhältnisse wieder um einen Schritt nach vorwärts gebracht werde.“

Großherzog von Baden erklärt: „Der Kaiser hat Bismarck bis hierher“ — dabei zog der Großherzog die Linie nicht am Hals, wie dies gewöhnlich bei dieser Gelegenheit geschieht, sondern an den Augen. Ebenso sei ihm Herbert

Am 21. Januar 1894 wird Herbert Bismarck, dessen Vater damals schon längst abgestorben worden war, plötzlich zum Ordensfest nach Berlin gezogen. Er wurde vom Kaiser „geschnitten“, also links liegen gelassen. Eulenburg hatte durch Kanitz und Blumenthal den Sohn Bismarcks in die Nähe Kaiser Wilhelms II. bringen lassen. Gatte Caprivis (der damals Reichskanzler war) dies für sich selber mit Herbert gesprochen, „so würden die Gegner ausgebeutet haben.“ Am nächsten Tage, unter dem 22. Januar 1894 schreibt Hohenlohe: „Der Kaiser war heute bei Marschall und schimpfte über Herbert. Trotzdem hat er gleichzeitig einen Adjutanten mit Wein nach Friedrichsruh geschickt und dem Fürsten seine Freude ausdrücken lassen über seine Genesung.“ Die Antwort Bismarcks, er würde nach seinem Geburtstag nach Berlin kommen, habe „große Aufregung“ verursacht. Man habe dem Kaiser empfohlen wollen, einen Jungen zur Unterbrechung mit Bismarck zuzuziehen. So sehr mißtraute man also dem „Heros des Jahrhunderts“.

Am 17. August 1899 verzeichnet Hohenlohe, mit der Kanavortlage sehe es schlecht aus. Der Kaiser wolle aber trotzdem den Landtag nicht auflösen, weil ihm mehr am Zuchtungsgehe liege, als an dem Kanal und zum Zuchtungsgehe brauche er die Konservativen im Reichstage. — Damals war Hohenlohe schon mehrere Jahre Reichskanzler. Er nannte als solcher 1896 das Gesetz über die Kanavortorganisation „ein ziemlich törichtes Gesetz“. Sein Verhältnis zu Wilhelm II. sei ein eigenartiges. „Ich komme hier und da durch seine kleinen Rücksichtslosigkeiten zu der Ueberzeugung, daß er mich absichtlich meidet und daß es so nicht fortgehen könne.“ Dann aber wurde das Mißtrauen durch das freundschaftliche Verhalten des Kaisers wieder beseitigt. Von Reichsminister hat Hohenlohe erfahren, Wilhelm II. werde nach Meinung Bismarcks keinen Krieg anfangen. Komme aber ein solcher, „so werde er ihm nicht unwillkommen sein.“ — Am 7. November 1897 schreibt Hohenlohe: „Daß der Kaiser durch sein impulsives Wesen beunruhigt ist, ist nicht zu leugnen. Etwas mehr Eleganz wäre ihm zu wünschen.“ — Bismarck hat nach der Ueberzeugung Hohenlohes diesem aus Reichsminister Brägel wider die Fülle geworfen, sobald es im Elsaß gut ging.“

Caprivi hat Hohenlohe gegenüber am 6. April 1892 darüber gesagt, Wilhelm II. spreche viel mit allerlei Leuten, was an sich ganz gut sei; er äußere sich dann aber oft in Widerspruch mit seinen offiziellen Kundgebungen, und daraus entstünden Mißverständnisse. Ein andermal

Für die Redaktion verantwortlich: Stsch. Heeren, Hamburg.
 Weisenbinderhof 57. — Verlag von O. Ullmann, Hamburg.
 Druck von St. Meier, Hamburg-Gilbeld, Friedenstrasse 4.

Zur Lage unserer in den Kölner Brotfabriken beschäftigten Kollegen.

In dem Städtegebiet Köln-Mülheim-Rail nimmt die Entwicklung des Bäckergewerbes zum kapitalistischen Großbetrieb in jüngster Zeit sehr entchiedene Formen an. Nicht etwa das sogenannte Großkapital ist es, das hier die Brotproduktion an sich reißt und sich derselben bemächtigt, nein, Unternehmer, die mit geringen Geldmitteln ihre Betriebe gründeten, es aber durch Anwendung kapitalistischer Griffe und Ausnutzung technischer Hilfsmittel verstanden, ihre Betriebe immer mehr zu vergrößern und leistungsfähiger zu gestalten, sind die Träger dieser Entwicklung, welche Tatsache demjenigen, der es begreifen will, den Beweis liefert, daß das Bäckergewerbe sich eben genau so wie jedes andere Gewerbe, nur mehr durch Anwendung dieser Mittel erhalten und konkurrenzfähig machen kann. Von dem rund 20 Millionen Mark betragenden jährlichen Brotbedarf in diesem Gebiet haben die für uns in Frage kommenden Brotfabriken rund 3 Millionen im Jahre 1905 gedeckt, eine Summe, die umso mehr Beachtung verdient, als man bedenkt, daß eben die Brotfabrikanten nur grobe grobe Ware herstellen, an der natürlich auch das meiste verdient ist und wird. Die Kleinmeister kennen die Herstellung solcher Ware zu einem großen Teile nur mehr aus ihrer Gesellenzeit und beden nicht selten ihren Bedarf an solcher Ware aus den Brotfabriken, auf die sie natürlich als über ihre Leistungsfähigkeit sonst recht tüchtig loszuschöpfen, sie aber dadurch dennoch unterstützen und fördern helfen.

Nun hat aber die Entwicklung der Großbetriebe hier durchaus noch nicht den Höhepunkt erreicht, sondern scheint erst in ihrem Anfangsstadium zu stehen. Die bis jetzt bestehenden Großbetriebe haben sich in kurzer Zeit eben auch finanziell sehr gut entwickelt, was ihnen natürlich die Möglichkeit verschafft, sich noch leistungsfähiger zu gestalten, technische Neuerungen einzuführen usw. In einem Betriebe ist man eben daran, alte einherdige Ausziehhöfen durch neue, doppelherdige zu ersetzen und fast alle anderen Betriebseinhaber haben ebenfalls bereits Bau- und Erweiterungspläne für ihre Betriebe in der Tasche. Ein Brotfabrikant ist eben kein Bäckermeister, der auf seinem Gewinn sitzt, sondern er ist ein Kapitalist, der seinen Verdienst immer wieder gewinnbringend anzulegen versteht.

Zu der immer weiteren Ausdehnung der zurzeit bestehenden Betriebe kommt nun noch hinzu, daß gerade zwei vollständig neue Betriebe, die natürlich mit allen technischen Errungenschaften der Neuzeit ausgestattet sind, in nächster Zeit ihre Tätigkeit beginnen werden. Geht also dann die Entwicklung dieser und der bereits bestehenden Betriebe auch in Zukunft so flott voran wie bisher, woran übrigens nicht im Geringsten zu zweifeln ist, dann kann in ein paar Jahren konstatiert werden, daß die Kölner Brotfabriken nicht mehr den 6. Teil des jährlichen Brotbedarfs für Köln und Vororte, sondern schon den 3. Teil des selben decken. Berücksichtigt man bei dem Verfolg dieser Entwicklung nun noch die schon erwähnte Tatsache, daß diese Großbetriebe eben nur grobe Ware herstellen, und bedenkt man dabei noch die sehr nahegelegene Möglichkeit, daß sie sich eines Tages auch auf die Herstellung feiner Weißware werfen werden, dann kann man auf Grund dessen auch sehr leicht die Lage des Kölner Bäder-Kleingewerbes zählen.

Die Entwicklung dieser Dinge sieht nun allerdings der Kölner Bäckermeister am allerwenigsten. Selbst in wirtschaftlichen Sachen und Fragen blind und dazu noch hochgradig denkfaul — mit geringer Ausnahme selbstverständlich — läßt er sich von Kampmann und Konforten erzählen, daß wir die Gesellenorganisation das Kleingewerbe vernichten wird, währenddessen ihm der Brotfabrikant das Wasser von hinten und vorne abgräbt. Aber auch der Kölner Bäcker-Geselle kennt den Gang der Dinge nicht, trotzdem es ihm hundertmal gepredigt wird und er sich leicht durch den einfachen Anschauungsunterricht selbst darüber orientieren könnte, auch lebt er zum großen Teil noch wie vor in dem Wahne dahin, selbst noch mal Kleinmeister oder besser gesagt, Futter für die Brotfabrikanten zu werden. Die richtige Ueberzeugung dämmert diesen Kollegen gewöhnlich erst auf, wenn sie der Pleitegeier vom „warmen“ Nest der Kleinfrauterei in das dunkelwolle eines Brotbäckers verlegt hat und dann sind sie endlich auch für die Organisation zu haben.

Angesichts dieser Entwicklung unseres Gewerbes vom Klein- zum Großbetrieb im Kölner Raum dürfte es angebracht sein, sich auch mal die Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer in den Großbetrieben beschäftigten Kollegen etwas näher anzusehen. Um ein Bild hierüber zu bekommen, haben wir bereits vor einiger Zeit Fragebogen an unsere Vertrauensleute gerichtet, die heute vollständig und beantwortet wieder vor uns liegen. Diese Erhebung erstreckt sich im ganzen auf 8 Betriebe (7 Firmen): es sind dies Betriebe, die alle 10 und mehr Arbeiter und Angestellte beschäftigen. Brotfabriken, die sich selbst als solche schimpfen, haben wir von der Erhebung ausgeschlossen.

Insgesamt sind Personen in diesen Betrieben beschäftigt: 88 Bäder (mit Meistern), 51 Kuchner, 5 Heizer, Aushilfspersonal 6 (darunter 2 weibliche), Lagerpersonal 4, Hilfspersonal 10 (Stall- und Kesselleute, die minutiöse Lagerarbeit verrichten; in Summa 161 Personen).

Organisiert sind von den Bäckern 43 und von den Kuchnern 6 im deutschen Bäderverband. Rund 20 Prozent von den Bäckern und Kuchnern sind versichert: das Kost- und Logiswesen kommt in diesen Betrieben nicht in Betracht. Bezüglich der Arbeitszeit sowohl wie auf die Art der Lohnzahlung gehen die Verhältnisse sehr weit auseinander, weniger in der Lohnhöhe nach der Woche berechnet; nach der Arbeitszeit berechnet, tritt der Unterschied der Löhne in den einzelnen Betrieben aber ganz gewaltig in die Erscheinung. Die Sonntagsruhe ist in allen Betrieben eingeführt und wird also nirgends mehr als sechs Schichten pro Woche gearbeitet. Ebenfalls wechselte Tag- und Nachtschichten periodisch ab. Der Lohn für Tischarbeiter schwankt zwischen 21,16 und 26,54 M nach Abzug der Versicherungsbeiträge; in der nachstehenden Tabelle ist der Berechnung der durchschnittlichen Tischarbeiterlohn als Lohnminimum zugrunde gelegt. Die Löhne für Teigmacher und Feuerarbeiter variieren zwischen 26 und 29 M bei den Wochenlöhnen und zwischen 1,50 und 5,50 M bei den Schichtlöhnen, wobei natürlich auch die Versicherungsbeiträge in Abzug kommen. Bezüglich der Meisterlöhne konnten keine zuverlässigen

Angaben gemacht werden, doch sei als Kuriosum ein Meisterlohn aus dem Bergerhoff herausgehoben: Dort hat ein Meister 120 M Monatsgehalt; rechnet man diesen in Schichtlohn um, so kommt ein Satz von 4 M heraus; er verdient also pro Schicht um 20 M weniger als ein Tischarbeiter. Hier die Uebersicht über die Mindestlöhne nach der angegebenen wöchentlichen Arbeitszeit in Stundenlöhne umgerechnet:

Betrieb oder Firma	Mindestlohn wöchentlich bei 48h	Mindestlohn wöchentlich bei 56h	Mindestlohn wöchentlich bei 64h	Mindestlohn wöchentlich bei 72h
Rheinische Brotfabriken	25,48	—	36,6	67
Herrmann	25,36	—	36,6	72
Bergerhoff	—	4,25	35,4	72
Videndorfer Dampfmühle	—	4,20	35,0	72
Union (Germania)	23,48	—	33,0	72
Dender	24	—	33,3	72
Genossenschaft Volksbrot	25	—	41,6	60

Ueberstunden werden in den Betrieben Rheinische Brotfabriken, Volksbrotgenossenschaft, Dender, Videndorfer Dampfmühle und Union mit 50 %, bei Bergerhoff nach dem Schichtlohn ohne Aufschlag und bei Herrmann garnicht bezahlt. In den Rheinischen Brotfabriken schwankt der Tischarbeiterlohn zwischen 25 und 26 M, ebenso bei Herrmann; der Stundenlohnberechnung liegt der höhere Satz von 26 M zugrunde. Den niedrigsten Wochen- und Stundenlohn bezahlen Union und Dender und den niedrigsten Schichtlohn auf Grund eines Tarifvertrages mit dem „Christlichen Verbandschen“ die Videndorfer Dampfmühle. Freibrot wird in allen Betrieben nur während der Arbeitszeit im Betriebe gewährt; nur in der Volksbrotgenossenschaft erhält jeder Arbeiter pro Woche für 1,80 M Freibrot für seine Familie, so daß sich also der Wochenlohn um diesen Satz erhöht und der Stundenlohn noch 44,6 % beträgt. Geregelter Pausen während der Arbeitszeit kennt man außer bei Herrmann und Bergerhoff in allen Betrieben. Kündigung des Arbeitsverhältnisses findet in allen Betrieben teils 8- und teils 14tägig statt.

Was die Leistungsfähigkeit anbelangt, d. h. was der Einzelne in den verschiedenen Betrieben durchschnittlich pro Tag an Wert hervorzubringen hat, darüber läßt sich allerdings eine Berechnung schwer aufstellen. Soweit unsere Frage: Wie viel Zentner Mehl werden täglich zu Groß- (Kuggen-) oder Kleingebäck (Weizenmehl) verbraucht? beantwortet wurde, sind wir hier in der Lage, eine Uebersicht zu geben. Es entfällt auf den einzelnen Bäcker täglich:

	Kuggen 3tr.	Weizen 3tr.	Knägel 3tr.
Rheinische (Vindental)	7,1	—,16	7,26
Rheinische (Raff)	7,0	—	7,—
Bergerhoff	8,6	—	8,60
Herrmann	5,5	—,23	5,73
Videndorfer Dampfmühle	7,2	?	7,20
Union	4,0	?	4,—

Wie man sieht, ist hier der Unterschied ein ganz außerordentlicher; er beträgt nämlich mehr als 100 Prozent, ein Verhältnis, das allerdings bei den Löhnen nicht zum Vorschein kommen kann. Die Ursachen liegen eben hier in erster Linie in der technischen Anlage der Betriebe und dann auch in der Art und Größe der herzustellenden Ware. Wenn wir aber auch schon diese Ursachen gelten lassen wollen, so läßt die obige Uebersicht immer noch den Schluß zu, daß in ein paar Betrieben eine ganz unverantwortliche Missetzung herrscht. Diesen Schluß haben wir namentlich bestätigt durch den Bergerhoff'schen Betrieb, in welchem nicht allein das Ueberstunden-, sondern auch das 1½-Schichtensystem geradezu gang und gäbe ist, wodurch allein nur das erstaunlich hohe Quantum von über 8½ Zentner an Tagesleistung pro Mann herauskommt. Diefem Ueberstunden- und 1½-Schichtensystem ist allerdings in letzter Zeit durch Anzeigen und Kritiken in der Presse ein wenig abgeholfen worden; wenn auch Herr Sondermann als Betriebsinhaber erklärt, daß er aus eigenem Antrieb hier Wandel geschaffen hat, so rechnet sich der Verband doch immer das Verdienst zu, Herrn Sondermann zum Wandel-schaffen veranlaßt zu haben.

Im großen und ganzen ergibt also unser Bild von der Lage der Kölner Brotbäcker die Tatsache, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen derselben sehr ungünstig sind. Wo wir verkürzte Arbeitszeit verzeichnen sehen, da war es unser Verband, der diese Verkürzung herbeiführte und auch dort, wo wir noch eine tägliche Arbeitszeit von 12 Stunden vorfinden, war es unser Verband, der durch wiederholtes Anzeigen bei den Behörden und durch die Kritik in der Presse es zuwege brachte, daß die tägliche Arbeitszeit wenigstens auf dieses Maß zurückgeführt wurde. Eine wöchentliche Arbeitszeit von 90 bis über 100 Stunden sogar, war bis vor kurzem nicht allein bei Bergerhoff, sondern auch noch in anderen Betrieben an der Tagesordnung. Die jetzige Lohnhöhe wurde wiederum nur durch die immerwährende Agitation von Seiten unseres Verbandes erreicht. Wenn auch nicht direkt an den Verband Zuklagen bezüglich Lohn-erhöhung gemacht wurden, so haben doch die Fabrikanten jedes Mal dann, wenn von unserer Seite energisch in der Agitation eingegriffen wurde, „freiwillig“, selbstverständlich, um uns in der Agitation das Wasser abzugraben, etwas am Lohn zugelegt. Dieses wissen die unferm Verband noch fernstehenden Brotbäcker auch sehr gut, sie geben ohne weiteres zu, ebenfalls „vom Verbands etwas profitiert zu haben, aber trotzdem waren sie jedes Mal ungerecht genug, auf den Leim der Fabrikanten zu kriechen und der Organisation wegen einer kleinen Lohnerhöhung den Rücken zu kehren.

Ein klassisches Beispiel, wie Arbeiter, die ihren Arbeitgebern zu stark vertrauen, mitunter von diesen betrogen werden, liefert uns ja die Brotfabrik „Germania“, kelig „Union“, mit der wir nahezu ein Jahrlang im Tarifverhältnis standen. Durch Verprechungen seitens der Fabrikanten und durch Beherei eines schwanzwedelnden Meisters vergaßen die dortigen Kollegen ihre Organisationspflicht, was uns neben anderen Gründen veranlaßte, dieser Firma den Vertrag zu kündigen. Der Tarifvertrag legte den Kollegen 21,50 M Mindestlohn, der von der Firma auch anstandslos während des Tarifverhältnisses bezahlt wurde. Raum aber war von unserer Seite der Vertrag gekündigt, als auch schon der Werbefuß der Verprechungen von Seiten

der Betriebsinhaber zum Vorschein kam. Der Mindestlohn wurde nämlich alsbald auf 21 M herabgesetzt. Das gleiche ist bei Herrmann der Fall. Infolge des dies-jährigen Streiks in diesem Betriebe sicherte Herrmann seinen Getreuen 27 M Wochenlohn zu; heute, nachdem bereits einige dieser Elemente wieder entlassen sind, bezahlt er nur mehr 25 M im Minimum. Daß aber die heutigen Löhne durchaus nicht mehr mit den gerade im letzten Jahre erfolgten Steigerungen aller Lebensmittelpreise in Einklang zu bringen sind, das zu beweisen, haben wir nicht nötig; die Kollegen in allen Betrieben sind von der Notwendigkeit einer Lohnerrhöhung überzeugt. Ob aber nach den jetzigen Umständen gerrteilt, für die Kölner Brotbäcker von Seiten der Organisation etwas getan werden kann, ist allerdings sehr fraglich. So lange nämlich diese Kollegen in so großer Zahl unferm Verbands noch fernstehen, dafür aber einigen Schmutzbrüdern und Lieb-lingen der Fabrikanten nachlaufen, sich gegenseitig im Betriebe selber noch das Leben und Arbeiten lauer machen, so lange noch kochen sich die Fabrikanten in die Faust und die Kölner Brotbäcker sind die im Nachteil stehenden. Die Kölner Brotbäcker hätten in letzter Zeit Gelegenheit genug gehabt zu studieren, wie sie sich ihre Lage verbessern können. Sie haben im Laufe dieses Sommers in Köln selbst gesehen, daß nicht durch das Vorgehen in einzelnen Betrieben, sondern nur durch allgemeines Vorgehen etwas erreicht werden kann, sie haben den schönen Tarif in den bergisch-märkischen Brotfabriken und in letzter Zeit auch in Mannheim erstehen sehen, sie wissen, daß diese Tarife nur durch die Macht unseres Verbandes eingeführt werden konnten, aber sie glauben, daß das in Köln alles nicht so leicht geht. Obwohl geht es, wenn nur die Kollegen selbst wollen, und sich unferm Verbands anschließen.

Wir wiederholen daher auch an dieser Stelle, was wir den Kölner Brotbäckern schon oft zugerufen haben: Kehrt endlich den im Auftrage der Fabrikanten Euch umschmei-chelnden Schmutzbrüdern den Rücken, laßt allen Hader unter Euch beiseite, streift Euer furchtbares Wejen endlich ab und schließt Euch dem deutschen Bäderverband an! Bedenkt, daß in nächster Zeit ein gewaltiger Konkurrenzkampf unter den hiesigen Fabrikanten entbrennen wird; bei dem wahrscheinlich wieder die Arbeiter durch kurze Löhne und lange Arbeitszeit die Kosten bezahlen müssen; bedenkt, daß die jetzige lange Arbeitszeit Euren baldigen körperlichen Ruin bedeutet, nehmt auf Eure Familien Rücksicht und bedenkt ferner, daß es den Fabrikanten sehr leicht möglich ist, bei verkürzter Arbeitszeit Euch einen auskömmlichen Lohn zu bezahlen; bedenkt, das alles und handelt als denkende Arbeiter, indem Ihr Euch Eurem Verbands anschließt! Dann werden endlich auch in Köln mal andere und bessere Verhältnisse Platz greifen. J. D.

Magdeburg.

Wohl auf keine Stadt im Deutschen Reiche haben die im Bäderverband organisierten Kollegen in letzter Zeit ihr Augenmerk so gerichtet gehabt, wie gerade auf Magdeburg. Das doch zu Anfang des Jahres, ja noch vor einigen Wochen unsere Mitgliedschaft Anlaß zu den besten Hoffnungen und es hätte auch mit dem Teufel zugehen müssen, wenn bei einer solch intensiven Arbeit keine Erfolge erzielt werden sollten. Man mußte oft die Aufopferung mancher Kollegen bewundern, die in jeder freien Stunde sich in den Dienst der Organisation stellten. Die Aufnahme der Statistik für die Stadt Magdeburg erforderte ebenfalls ein gutes Stück Arbeit; allerdings muß anerkannt werden, daß in vielen Betrieben uns das Entgegenkommen der Kollegen die Sache erleichtert hat. Doch auch das Gegenteil ist der Fall, mit Bedauern haben wir oft den Kopf geschüttelt und uns gefragt, ob es denn möglich ist, daß ein frei sein können der Arbeiter sich derartig unter die Fuchtel des Arbeitgebers stellt. Als unser zweiter Vorsitzender einen Kollegen besuchen wollte zwecks Aufnahme eines Fragebogens (uns war gerade an dieser Bäckerei viel gelegen, weil dies ein „Marktbetrieb“ ist die Sauberkeit betreffend und um das Gegenstück von einer Anzahl Bäckereien, die gering bezeichnet, unfauber und zu liefern). Dieser Kollege verlangte vom 2. Vorsitzenden, er müsse erst beim Meister um Erlaubnis fragen, ob er ihn besuchen dürfe. Es ist dies ein Zeichen, welche Wirkung das Kost- und Logiswesen ausübt. Trotz aller Schwierigkeiten ging es tüchtig vorwärts. Daß wir ein ungeheures Arbeitsfeld vor uns haben, wird unsere demnächst erscheinende Broschüre „Die Magdeburger Bäckerei-Verhältnisse“ gründlich beweisen. Da wir einige Schlußsätze auf die photographische Platte brachten, werden wir in der Lage sein, unsere Sache auch bildlich zu beweisen.

Als hierher wäre die Sache ja ganz gut, aber frage uns niemand, mit was wir alles zu kämpfen hatten. Am Anfang des Jahres, als wir unsere Kosten annahmen, glaubten wir nicht, daß ein solch heimtückischer Feind in den eigenen Reihen uns im Rücken läge. Heute kommen diese Brute und behaupten, wir seien ihnen als Verband aufgetrieben worden. Eine gemeinere Lüge konnte man nicht erfinden; gerade der Gauleiter hat die alten Vorstandsmitglieder erreicht, einen Reiter anzuheben, aber rundweg wurde dies abgelehnt. Raum hatten wir unsere Kosten angetreten, einige Reformen in der Geschäfts-führung getroffen, als auch schon die Hebe fertig war gegen uns! In der Agitation wurde beim Ausbrennen unserer Mitgliedschaft wurden uns die größten Schwierigkeiten gemacht. Systematisch suchte man die Mitgliederversammlungen zu Kaderverfassungen zu machen. Und wer waren diese Kaderverfassungen? Keine anderen als die ehemaligen Vorstandsmitglieder, an der Spitze Konradt, der jetzige Häuptling der Sonderbündler, in gelber Färbung. Als wir dann den Ausschluß zweier Hauptkader beantragten, die schon seit Jahren den Verband geschädigt, begannen die Kaderer und Behereien gegen unsere Organisation in großem Stil. Um allem die Krone aufzusetzen, gründeten sie innerhalb unseres Betriebes (im Konsumverein) das Verbandschen der Konsumbäcker. Natürlich vernachten sie auch nach außerhalb ihr Wandern, aber damit haben sie gründlich Fiasko erlitten und ich möchte die Antworthreiber nicht durchlesen, die diese traurigen Selben von unseren auswärtigen Kollegen erhalten haben. Viele werden es wohl deutlich geschrieben haben, daß sie von solcher Sorte „Nach-Arbeiter“ verschont sein wollen. Daß diese Leute eine ganz besondere Freiheit besitzen, haben sie dadurch bewiesen, daß sie in einem

Schreiben an den Kartellvorstand im Hinblick an das
Scheitern und zugleich um Vermittlung des Anschlusses an die
Generalcommission ersuchen. Das sie dort eine wichtige
Befolgung haben, die diesen Leuten derartige Maßnahmen
für immer aus dem Kopf getrieben, ist selbstverständlich.
Eine Resolution wurde angenommen, worin die Gewerk-
schaften vom Konsumverein fordern, daß dieser mit tarif-
freie Bäder beschaffte. Daß diesen Fall die Kolonne des
Gustav K. a. b. t. täglich auszuweichen sucht, wird jedem Kol-
legen klar sein. Die Arbeit von zehn Monaten, reich an
persönlichen und pekuniären Opfern, ist zum Teufel; auch
das haben diese „Fuchsollegen“ auf dem Gewissen.

Und solche Leute wagen es, sich noch an die organi-
sierte Arbeiterschaft anzulehnen. Wahrscheinlich, das ist eine
tätige Portion Frechheit! Daß bei diesen Leuten die
Arbeiterschaft der bürgerlichen Klassenpresse Platz machen
müsse, muß hier noch besonders charakterisiert werden.
Da diese Leute von der organisierten Arbeiterschaft nach
jeder Richtung hin verachtet wurden, glaubten sie ihr An-
sehen durch ein Flugblatt, das sie Ende voriger Woche ver-
teilten, wieder herzustellen. Dieses Glosse bringt wie-
der den alten Sarg von unserem Kampfstand, die Ge-
nosse vom Schiedsgericht werden herangezogen, die
„Vollstänne“ lautet auch nicht, weil sie die „unzufriede-
nen Lämmer“ nicht unterstützt hat und so fort. Alles,
was der modernen Arbeiterbewegung lieb und wert ist,
haben sie in den Tod zu ziehen und meinten nicht, daß sie
dabei immer noch mehr in den Sumpf geraten. Das
traugte bei der ganzen Sache ist, daß diese Leute immer
noch in Konsumvereine befristet sind; die Veranlassung
hätte diese Tarifbrecher längst entlassen müssen, wo die
Mitglieder in der Generalversammlung so deutlich ihre
Meinung zum Ausdruck brachten. Hier wird eben unsere
Gewerkschaft ein derbes Wort zu reden haben. Solches
Glosse gehört in kein Arbeiterinstitut. A. Koller.

Aus unserem Borne.

† Julius Michael, der Vize unseres Verlehrs-
lokales „Flora“, Windmühlensche in Leipzig, ist am
5. November nach langer Krankheit im Alter von 60
Jahren aus dem Leben geschieden. Seine lange Geschäfts-
zeit als Vize der „Flora“ ist eng verknüpft mit den An-
fängen und dem bisherigen Abwärtsschritt der Arbeiterbewegung
in Leipzig, denn in seinem Lokal fanden fast alle Sitzun-
gen und Versammlungen statt. Im Jahre 1900 war die
„Flora“ auch Lokal des Streikkomitees. — Streik gegen die
Kollegen freundlich und zuvorkommend, hatte der alte
„Juli“ auch ein jugendliches Herz für in Not geratene Kol-
legen und wußte man ihm von ihm geholfen worden. Unsere
Kollegen werden Julius Michael ein ehrendes Andenken
bewahren.

Eine einstweilige Verfügung gegen den
Hofrat in Breslau zu erlassen, hat die 5. Zivilkammer
des Landgerichts beschlossen, trotz der entgegenstehenden
Entscheidung des Reichsgerichts. In unserem Kampfe um
Anerkennung der Organisation sind den juristischen
Kampfmännern die besten Flugblätter und Fälschungen in
der „Rechtsmacht“ nicht gut bekommen. Der Hofrat ver-
schleht seine Stellung nicht. Mehrere Badermeister haben
sich genötigt, die bestehenden Forderungen der Gehälter
anzuerkennen, und die der Juristen belaufen es mit
der Angst, daß man bald auf der ganzen Linie genötigt sein
werde, Ordnung und Gerechtigkeit in die Reihe ein-
zuführen. Die Juristen beschloß hierzu, beim
Breslauer Landgericht auf Erlass einer einstweiligen Ver-
fügung zu klagen, nach der bei Androhung einer vom
Gericht festzusetzenden Strafe den Beklagten aufgegeben
werden sollte: „Es zu unterlassen, durch öffentliche Kund-
gebungen die Arbeiterbewegung und das politische Publikum in
Breslau aufzufordern, den Kampf in denjenigen Bädern
zu machen, deren Inhaber die Forderungen der Möglich-
keiten Bader des breslauer Baderverbandes nicht be-
währen haben und setzen jede Verurteilung von Ver-
urteilungen breslauer Badermeister zu unterlassen, welche
die Forderungen bewilligt, oder nicht bewilligt haben, so-
wie jede Auforderung an das Publikum, nur bei Exzellenz
zu kaufen, oder überhaupt einen Bader irgend welcher
Art zu beschäftigen oder zu beschäftigen.“ Die Sache kam
am 31. Oktober vor der 5. Zivilkammer zur Verhandlung.
26 Badermeister als Kläger wurden durch Rechtsanwalt
Korrbach vertreten. Die Klage richtete sich gegen je-
den einzelnen Bader und gegen die Bader, die durch Fälschung
Preis vertrieben waren: 1. Karl Koller, Verwalter der
Mischelstraße Breslau des breslauer Baderverbandes,
Kupferstraße 29; 2. die Mitglieder Breslau des
breslauer Baderverbandes, vertreten durch ihren Vor-
sitzenden Koller; 3. den Verwalter der „Rechtsmacht“, Eduard
Koller in Breslau; 4. den verurteilten Rechtsanwalt
Korrbach in Breslau; 5. das Breslauer Gewerkschafts-
gericht, vertreten durch seinen Vorsitzenden, den Ge-
werkschaftsleiter Koller in Breslau, Straße 35; 6. den
Direktor K. Koller in Breslau, Kollerstraße 2. Der Vor-
treter der Klage wies darauf hin, daß in Breslau eine
Bader-Juristenkammer besteht, die a. a. die Forderung
eines geordneten Verhältnisses zwischen Bader und Ge-
werkschaften. Sie hat einen Ausschuss für das Ge-
werkschaften und Gewerkschaften eingerichtet, dem die
Juristen in das Gewerkschaften und das Gewerkschaften
angehört. Die Arbeit wird durch den Ausschuss ver-
mittelt. Die Forderung nach Abschaffung der gesetzlichen
Beschränkungen besteht sich aus 100, und anderen
wäre es die Bader durch die Polizei und den Juristen
heraus zu bekommen. Hinsichtlich der Forderung an hohen
Strafen kann in der Juristen bereits Beschränkungen ge-
klagt werden. Die Forderungen sind also ganz über-
flüssig und nur dazu bestimmt, den Bader zu
kann. Es hat sich schon gezeigt, daß die Forderung in
Sachlichkeit die Juristen ganz zu sehr für das Wohl
der Gewerkschaften. Den Bader gehören nur 40 Ge-
hälter an, die übrigen 40 bis 50 kann zahlen. Die
Forderungen aber kann dann bezahlen, alle Juristen und
Gewerkschaften zu beschäftigen und zu unterstützen. Aber die
Herrschaft der Juristenkammer kann, wie gesagt, wie sie
jede Forderung für ihre Forderung, der Juristen, daß die Forderung
und Gewerkschaften auf ganz Seite bewilligt zu machen in.
Die Beschränkungen kann dann bedenklich und gering
wird über das Wohl des Juristen hinaus. Da wurde
geklärt, daß die Juristen des Bader, daß die Forderung
die Forderung der Juristen, daß die Forderung der Juristen
kann. Das alles ist dann bekannt, die Juristen
bedenklich zu machen, einen anderen Forderung kann das nicht
haben. Forderung wird es die Beschränkungen der Forderung
und ein Flugblatt des Bader, in dem der

Scheitern von den Juristen geübt wird, in dem Bader
Machenschaften stehen und das die Badermeister gar nicht ver-
dauern können. Justizrat Koller führte aus, es könne gar
nicht darauf an, ob einige dieser Juristen als beleidigend
erachtet würden, oder ob man glaube, sie entschieden
nicht entschuldigbare Taten. Es könne auch nicht
darauf an, ob der Verband sozialdemokratisch sei oder nicht,
der Antrag der Klage richtet sich doch nicht auf ein Ver-
bot von Beleidigungen oder der Behauptung nicht erweis-
lich wahrer Tatsachen, sondern auf ein Verbot des Vor-
wurfs. Die Forderungen der Gehälter bewegen sich auf
der Basis der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeits-
bedingungen, und nach einer erst neuerlich ergangenen
Reichsgerichtsentscheidung sei der Vorwurf zur Erlangung
von günstigeren Lohn- und Arbeitsbedingungen genau so
ein erlaubtes Kampfmittel als der Streik. Trotz der
Ueberwachung können in den Baderbetrieben Unregel-
mäßigkeiten und Geschehnisse vor. Die „Schlechte
Baderzeitung“, das offizielle Organ der Breslauer Juristen
hat selbst mitgeteilt, daß 345 Meister die verlangte freie
Nachricht an den hohen Festtagen bewilligt haben, daß aber
abgesehen von 20 Betrieben, in denen keine Gehälter be-
schäftigt sind, es noch 45 gibt, in denen die Gehälter keine
freie Nacht haben. Der Verband zählt übrigens nicht 40,
sondern 140 Mitglieder; er umfaßt also einen sehr erheb-
lichen Teil der Gehälter, und daß kein Arbeitsnachweis
unparteiisch geleitet wird, geht daraus hervor, daß durch
ihn auch unorganisierte Gehälter Arbeit erhalten haben.
Das Gericht hielt die Klage für begründet. Bei einer
Strafe von 300 Mark für jeden Fall der Uebertretung
wurde den Beklagten verboten, öffentliche Kundgebungen,
die den Vorwurf betreffen, zu erlassen, und ebenso die Ver-
öffentlichung von Verurteilungen von Meistern, die nicht
bewilligt oder die die Forderungen bewilligt haben. In
der Aufforderung zum Vorwurf liege eine Störung des
freien Gewerbebetriebes, zu der den Beklagten ein Recht
nicht zusteht. Auch bezüglich der in Rede stehenden Be-
leidigungen stehe ihnen der § 193. Wahrung berechtigter
Interessen, nicht zur Seite. Die Vorwurfsbeleidigungen
verstoßen wider die guten Sitten, sie waren darauf be-
rechnet, den Klägern Schaden zuzufügen, § 152 könne nicht
in Betracht, denn es handle sich nicht um die Erlangung
günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern ledig-
lich darum, eine Nachfrage auszuspielen. — Die Bres-
lauer „Rechtsmacht“ bemerkt hierzu: „Unseres Erachtens
steht das Urteil zunächst im völligen Widerspruch mit der
Auslegung der §§ 152, 153, wie sie von der Breslauer
Strafkammer geübt wird. In den sogenannten Verurteilten-
prozessen wird bekanntlich der Begriff der günstigeren
Lohn- und Arbeitsbedingungen möglichst weit ausgedehnt.
Selbst gegenüber ausgesperrten Arbeitern, die gar keine
„besseren“, sondern überhaupt nur Arbeitsbedingungen
haben wollen, wird angenommen, daß die bezeichneten
Paragraphen Anwendung finden müssen, weil ja „bessere
Erziehungsbedingungen“ erreicht würden. Die Juristen
nehmen aber an, daß die Unterhaltung von Ewigkeiten
und eine Einschränkung der Nacharbeit, wie sie doch von
den Breslauer Badergehilfen geübt wird, nicht einmal
eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen darstelle. Die
Breslauer Arbeiter werden die gerechte Auslegung dieser
ihnen so wohlbekannten Paragraphen durch die Breslauer
Hof- und Strafkammer nicht verstehen können. Selbst-
verständlich wird das Urteil noch eine Nachprüfung
durch die höheren Instanzen erfahren. Bis dahin müssen
wir es aus aber erlassen, den Baderarbeitern in ihrem
Kampfe weiteren Beistand in der bisher geübten Form
zu leisten.“ Die Badermeister haben also das rote Ge-
pöpsel, das ihnen die Juristen einflößt, bezeugt. Wie wer-
den sich die großen Geister aber wundern, wenn die ver-
urteilten Flugblätter in den nächsten Tagen in neuer An-
lage erscheinen. Dann muß der Staatsanwalt eine „einst-
weilige Verfügung“ erlassen, durch die alle Konjunktur-
bei 30 A. Strafe gezwungen werden, ihr Geld nur zu
den hofnotierten Meistern zu tragen! Wie die Zivil-
kammer zu dem Beschluß kommen konnte, den § 152 aus-
zuschalten und das Ziel der Organisation als keine günsti-
geren Arbeitsbedingungen zu bezeichnen ist uns un-
verständlich, zumal der Kollege Koller wegen des Vorwurfs-
gehens sich gegen die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung
vergangen haben soll. Wegen Verurteilung, Erpressung und
Behinderung in Verbindung mit dem § 153 steht gegen ihn
Termin bereits am 9. November vor der 2. Strafkammer
an und dabei wird sich wohl herausstellen, daß Breslau
auch in Deutschland liegt und daß deshalb nach dem Reichs-
gerichtsurteil der Vorwurf und die Aufhebung desselben
erlaubte Kampfmittel sind. Wegen des „vorläufigen Ver-
botes“ setzen sich die Juristen die Forderung, aber
wollen kann es ihnen nichts. Die Juristen kommen nicht
wieder und das Eingreifen des Gerichts hätte die nächsten
Flugblätter um so wirksamer machen.

Zur Frage der Sonntagstraße im Bader-
gewerbe. In Rheinland-Pfalz ist seit Jahren
eine Bewegung unter den Badermeistern im Gange, die
auf die Eröffnung der Sonntagstraße für das Bader-
gewerbe hinaus. Die Bestrebungen fanden, abgesehen
von den Städten Elberfeld und Darmstadt, hauptsächlich
Unerfahrenheit bei den Bädern der kleinen Städte und auf
dem Lande, mochten man in den größeren Städten sich
genötigt gegen die Sonntagstraße aussprach. Zwei von
den Gewerkschaften Düsseldorf eingeleitete Ausschüsse,
die eine aus Bädern, die andere aus Konsumvereinen zusam-
gesetzt, sprachen sich gegen die Einführung der Sonntag-
straße aus, so lange nicht die Bundesratsverordnung über
den Warenarbeitsschutz im Badergewerbe aufgehoben sei.
Mit Rücksicht hierauf hat der Regierungspräsident in
Düsseldorf den Gewerkschaften der Sonntagstraße auf ihre Ein-
gabe erwidert, daß er jetzt nicht in der Lage sei, dem
Antrag auf allgemeine Einführung der Sonntagstraße im
Badergewerbe Folge zu geben. — Was wir für sehr be-
denklich halten; denn die Warenarbeitsschutz an Son-
tagen steht der Einführung der Sonntagstraße keineswegs
im Wege. Das beweist schon die Tatsache, daß in vielen
Gemeinden die Sonntagstraße in Baderbetrieben durchgeführt
ist. Für den ganzen Regierungsbezirk Münster i. W. ist
am 1. Januar 1906 an die Sonntagstraße durch den
Regierungspräsidenten angeordnet und hat sich zur all-
gemeinen Zustimmung bewährt. — So besteht die „Soziale
Frage“. Der Kampf der Gewerkschaften und Konsum-
vereine gegen die Sonntagstraße, in dem sie unterstützt wurden
von christlichen Verbänden — welcher glaubte, besondere
Gehälter zu machen, wenn er den Konsumvereinen Ge-
heimnisse vor seinen künftigen Karren konnte — war von
sonderbarer Natur als kleine Epigonalerei. Sie wollten
die Sonntagstraße haben, wenn der Warenarbeitsschutz be-

stehtigt würde, d. h. mit anderen Worten, wenn es ihnen
dann gestattet würde, die Badergehilfen und Lehrlinge nach-
her in 6 Tagen länger und intensiver ausbeuten zu können,
als ihnen das früher in 7 Tagen erlaubt war! Das ist
die christliche Moral unserer Meisterherren!

„Wir danken!“ Mit diesen Worten versehen,
sahnte der Oberbader W. bei Schaumlöffel in Metzhausen
bei Gassel eine an ihn gerichtete Einladung zu einer Ver-
sprechung der Badergehilfen an den Einberufener zurück.
Der Oberbader dankt sich wohl nicht mehr auf der Stufe
eines Badergehilfen stehend; für ihn scheint auch die
Gewerkschaftsbewegung Luft zu sein. Der gute Mann
kann sich offenbar nicht mehr zurückverlegen in die Zeiten,
wo er noch nicht Oberbader war, sondern als Gehilfe bei
übermäßig langer Arbeitszeit und niederm Lohn fronden
mußte. Nur so erklärt es sich, daß W. mit den Worten
„Wir danken“ die Bestrebungen der Organisation abtun
versucht.

In G u n n geht es so, wie in allen Städten, wo
unsere Kollegen bisher nicht organisiert waren, dort küm-
mert sich kein Mensch um die Arbeiterverbände. In der
Baderi Brix arbeiten 3 Lehrlinge und 1 Geselle täglich
14 bis 15 Stunden; das Schlaflos liegt auf dem Tisch-
boden und schlafen 4 Mann in 3 Betten. In der Baderi
Köster werden 3 Lehrlinge sogar 16-17 Stunden täglich
beschäftigt. Diese skandalösen Fälle von Überausbeu-
tung sind der Behörde zur Anzeige gebracht worden, sie
zeigen aber den Kollegen, wie notwendig auch in den
Kleinstädten unser Verband ist!

„Es gehen noch Zeichen und Wunder“,
möchte man ausrufen, wenn man folgenden Artikel
Herrn „Henning“ in der „Güntherischen Baderzeitung“ liest.
(Ein Kommentar ist dazu überflüssig, denn der Mann
sagt den Badermeistern ganz gut die Wahrheit!) Der
Mann schreibt: „Wenn man jetzt unsere Fachzeitung zur
Hand nimmt, meint man wahrhaftig eine politische Tages-
zeitung zu lesen. Jeder zweite Artikel handelt von der
Sozialdemokratie und in jeder zehnten Zeile kann man es
gedruckt lesen, daß die Sozialdemokratie nahe daran ist,
das Bürgerthum mit Haut und Haaren zu verpeilen, wenn
nicht... alles jetzt zusammenhält. Und der Grund? Die
Lohnforderungen und Lohnfortschritten unserer Gesellen.
Ja, aber was haben denn in aller Welt diese Lohnfor-
derungen mit der Sozialdemokratie als solcher zu tun! Die
Beamtenschaft verlangt doch auch fortgesetzt immer höhere
Bezüge, unsere Minister verlangen und bekommen in
vorigen Jahre pro Person 14 000 Mark Zulage, sind das
auch alles Sozialdemokraten? Weiter: in den verschiede-
nen Ländern wurden auf Forderung der Fürsten die
jogen Zivil-Listen erhöht — in Preußen von 12 auf
etwa 15 Millionen. Unsere Gesellen verlangen
höhere Preise, oder, was dasselbe ist, höheren Arbeitsver-
dienst — kurz, überall und nicht zuletzt auch bei uns selbst
tritt das Bestreben auf, durch Aufstellung immer höherer
Forderungen die eigenen Lebensverhältnisse zu verbessern,
und das soll alles sozialdemokratisch sein? Nein, es ist
vielmehr wirtschaftlich und menschlich begründet. Angebot
und Nachfrage sind die beiden Faktoren, die alles regeln,
und absolute Ruhe in den Lohnverhältnissen kann und wird
niemals eintreten, daran müssen wir uns ge-
wöhnen. Bald sind es unsere Gesellen, bald unsere Vie-
renten, die uns zu Reibe wollen, dann wiederum sind
wir es, die gegen diese vorgehen. Unsere Meister-
handeln mit Waren und unsere Gesellen mit ihrer
Arbeitskraft; dürfen wir es ihnen verdenken, daß sie den
höchst möglichen Preis zu bekommen suchen und dürfen wir
sie deshalb schmähen? Aber was hat das alles mit der
Sozialdemokratie zu tun? Gar nichts, oder doch nur inso-
fern, als die Sozialdemokratie den Grundriss von der
Verbesserung der Lebensverhältnisse und der Erzielung des
möglichst vollen Arbeitsvertrages proklamiert hat. Nun,
wohl uns, wenn es uns gelingen sollte, dieses zu erreichen.
Leider wird unser Arbeitsvertrag durch Zins und steigende
Mieten fortwährend verkleinert. Und hier steht der Feind,
gegen den wir vorgehen müssen, nicht gegen den Arbeits-
vertrag unserer Mitarbeiter. Bekämpfen wir den Lohn,
dann schlagen wir uns am letzten Ende selbst, wir alle
können nur existieren, wenn der Lohn als solcher — also
der Arbeitsvertrag möglichst hoch ist. Aber Zins und Miete,
die dem Kapitale ein arbeitsloses Einkommen verschaffen,
diese beiden plündern uns abwechselnd und zwar ohne
Unterschied, bald den Arbeitgeber, bald den Arbeitnehmer.
Steigt der Lohn der letzteren, dann nimmt ihn die a
conto dessen gesteigerte Miete dem verdurft dreieinhalbenden
Arbeiter vor der Nase weg, steigt der Lohn des Arbeit-
gebers, pünktlich zieht ihn statt dessen die steigende Laden-
miete ein. Und die beiden Beträgen schimpfen dann auf-
einander und schieben sich gegenseitig die Schuld zu, statt
einmal ihre wahren beiderseitigen Interessen zu erkennen
und dem stillen, aber tätigen Teilhaber das Fell zu zer-
bläuen. Die Sozialdemokratie ist eine politische Partei,
die ihr Ziel, die Erzielung des möglichst ganzen Arbeits-
gewinnes durch Verstaatlichung aller Produktion und Heber-
nahme der Produzenten in den Staatsdienst zu erreichen
sucht. Ob dieses Ziel, der sogenannte Zukunftsstaat, nun
grabe erstrebenswert ist, das zu untersuchen oder gar zu
entscheiden, ist hier nicht der Ort. Daß aber unsere wirt-
schaftlichen Zustände im höchsten Grade reformbedürftig
sind, wird nachgrade allgemein anerkannt. Unsere Re-
gierungen scheinen ihrer Aufgabe nicht gewachsen zu sein, alle
ihre Reformen laufen auf Stillarbeit hinaus. Handwerk-
kammer und Meistertitel gleichen niedlichen Nachschub,
die am Kranken Fuß fassen. Wir schlagen uns auf der
Front mit unseren Gesellen wegen der Löhne herum; von
unten kommt das Kapital und nimmt uns durch Verneue-
rung der Arbeits- und Wohnstätten die Grundlage der
Existenz unter den Füßen weg, von oben kommt die Re-
gierung und nimmt unter allerlei hübschen Namen in Form
von Steuern und allerlei Gebühren den Rest. Wir be-
kämpfen und erschweren uns gegenseitig das bürgerliche Leben
in währendem Konkurrenzkampf und dabei steht der Kapi-
talismus uns alle miteinander an.“

Aus der Mchl- und Brotfabrik Pansen.
Unsere Kollegen dürften noch in Erinnerung sein, daß
durch das unkollegiale Verhalten eines Teils unserer dort
beschäftigten Kollegen sowie durch die Einstellung eines
neuen Oberbaders vor drei Jahren der dort bisher üb-
liche Freischnittwechsel befristet wurde und den Kollegen
eine zwölfwöchige Arbeitszeit auferlegt, infolge welcher
5 Kollegen seinerzeit entlassen wurden. Ertranten sich
unter der Leitung des alten Oberbaders die Arbeiter auch
eines guten Einvernehmens und auch annehmbarer Ar-
beitsbedingungen, so ist das heither anders geworden.
Fortgesetzte Schläge gegenüber den Organisierten sind an

der Tagesordnung. Nicht genug damit, sondern der Herr Oberbäcker sucht für sich einen Titel zu erwerben damit, daß das Personal vernindert wird. Wurde erst im Frühjahr ein Bäcker aus der Bäckerei in die Mühle eingestellt, sollte jetzt ein weiterer folgen, und zwar gänzlich entlassen werden. So wurde am 14. Oktober dem Familienvater, außerdem Kollegen Reichardt, gekündigt. Auf Verlangen des Kollegen Kramelt nach Gründen gab die Direktion Arbeitsmangel an. Eine am 20. Oktober einberufene Betriebsversammlung der Bäcker und Müller beschäftigte sich mit der Angelegenheit und stellte fest, daß ein Geschäftsrückgang während der letzten 5 Monate nicht eingetreten ist, und sich die Arbeitsleistung des einzelnen nicht vermindert, sondern erhöht hat. Demgemäß beschloß die Versammlung, die Entlassung unter allen Umständen zu verhindern, betont muß die einmütige Solidarität der Müller werden, welche alle organisiert sind. Gemäß dem Beschluß erklärte sich die Direktion zur Verhandlung am 23. Oktober bereit, welche im Konferenzzimmer der Direktion stattfand. An den Verhandlungen nahmen die Herren Direktoren, Oberbäcker und Obermüller, der Arbeiterausschuß, Gewerkschaftssekretär Dorisch-Franfurt und Kramelt teil. Die sehr sachlich unter persönlicher Leitung des Herrn Direktor Berner geführte Verhandlung zeitigte das Resultat, daß die Direktion die Kündigung zurückzog, gewiß nur im beiderseitigen Interesse. Auf diese Weise sind folgerschwere Differenzen vermieden. Erwähnenswert sind die wohlberechtigten Einwendungen des Arbeiterausschusses, der eine gedeihliche Führungnahme des Herrn Oberbäcker mit dem Arbeiterausschuß vermehrte. Herr Oberbäcker Stein findet dies in Ordnung, da er von der Direktion engagiert sei, folgedessen auch nur dieser gegenüber Rechnung zu tragen habe. Vom Genossen Dorisch wurde dies dahin ergänzt, daß er (der Herr Oberbäcker) als Vorgesetzter zwischen Direktion und Arbeiter sich durchaus nichts vererbe, wenn er in gedeihlicher Führung mit dem Arbeiterausschuß stehe. Sodann legte Dorisch noch dringend ans Herz, bei Bedarf von Arbeitsträgern sich an die Organisationen zu wenden, bei unvermeidlicher Personalverminderung Organisierte in letzte Reihe zu stellen, was von der Direktion in berücksichtigender aber nicht verbindlicher Weise versprochen wurde. Von Seiten der Direktion wurde das zum Teil ungebührliche Verhalten gegenüber dem Herrn Obermüller erwähnt, worauf Herr Schumann namens des Arbeiterausschusses versprach, bei nächster Gelegenheit hierüber Erwähnung zu tun. Diese Verhandlung zeigt aufs neue, daß energische friedliche Verhandlungen stets zur beiderseitigen Achtung beizutragen geeignet sind. Unwillkürlich drängt sich bei dieser Gelegenheit die Frage der Verschmelzung aller Lebensmittelorganisationen zu einem ganzen in den Bereich der Diskussion.

Aus Mülheim a. Rh. Wie wir schon früher einmal berichteten, hatte im Juli d. J. der Allgesele Sambeth hier eine „Protestversammlung“ gegen die Agitation der Kölner Verbandsgesellen einberufen, die dann auch stattgefunden haben soll. Sambeth ist ein fanatischer Vertreter der katholischen Fachabteilungen, betreibt aber die Agitation in berart niederträchtiger und auffälliger Weise, daß wir ihm schon des öfteren ins Gesicht sagen mußten, er meine es selbst nicht ernst mit seiner Nebergewinnung, und wir haben seine Ideen nur, um die Gesellen zum Lachen der Meister auseinander zu halten. Wie recht wir damit bisher gehabt haben, das beweist ein Bericht über die am 18. Oktober stattgefundene Innungsversammlung der Mülheimer Zwangsinnung, in welchem es heißt: „Der zweite Antrag des Gesellenausschusses, Zahlung von zehn Mark für das Referat des Allgesele Sambeth bei einer im Juli abgehaltenen Protestversammlung und Bezahlung der sonstigen Unkosten bei genannter Versammlung wurde ebenfalls abgelehnt, weil für derartige Ausgaben nichts im Haushaltsplan enthalten ist, mußte also auf die nächstfolgende Tagesordnung gesetzt werden.“ Also 10 Mark — wörtlich: zehn Mark — verlangt dieser katholische Ausharbeiter-Vertreter für ein Referat an seinem Arbeitsort. Fürwahr ein bescheidenes und uneigennütziges Mensch, der den Arbeiterverrat so billig betreibt. Und daß er die 10 Mark von der Innung verlangt, damit beweist er eben selber, daß er die damalige Protestversammlung nur um den Meistern zu dienen, einberufen habe. Schöner ist tatsächlich noch kein Mitgesele als Verbandsgegner entlarvt worden.

Aus Elberfeld wird uns geschrieben: Bekanntlich haben die hiesigen organisierten Bäckergesellen im Juli dieses Jahres mit den Brotfabrikanten mit Ausnahme der Firma Heinrich Michel Bwe. einen Tarif abgeschlossen. In anglicker Vermeidung des Streits und Unfriedens waren die Herren Fabrikanten mit ihrer Unterschrift sehr reich bei der Hand. Aber Versprechen und Halben ist auch bei den Brotfabrikanten zweierlei. Ganz besonders tun sich in der Nichterfüllung des unterschriebenen Vertrages die Inhaber einer Brotfabrik in der Marienstraße hervor. Die Bezahlung der reell geleisteten Überstunden will diesen Leuten außerst schlecht in den Kopf. So brachten es diese Herren fertig, für 8 Überstunden à 60 Pf. den Gesellen jage und schreibe 1 Mark anzubieten. Ob die Herren für eine solche, jeglichen Schamgefühls bare Handlung wohl das richtige Verständnis besitzen? Oder fühlen sich die Herren noch in den Zeiten von anno dazumal, wo man die Gesellen mit einigen süßen Versprechungen und dem Hinweis auf die herrliche Zeit des Meistertums verführte? Diese Zeiten sind endgültig vorüber und wird es hoffentlich nur dieser Zeiten bedürfen, um Aenderungen zu schaffen. Angestekt von diesem schlechten Beispiel können es dann andere Fabrikanten auch nicht verneinen, an den Bestimmungen des Tarifvertrages zu zweifeln und zu zweifeln und ist es bisher nur der Ruhe und Selbstachtung der organisierten Bäcker zu danken, wenn es noch nicht wieder zu ernstlichen Differenzen gekommen. Den Brotfabrikanten im allgemeinen möchten wir von dieser Stelle aus sagen, daß man von einem anständigen Menschen erwartet, daß er dasjenige hält, was er verspricht und unterschreibt und wer das nicht tut, der ist ein — Gegenstand von einem anständigen Menschen. Im übrigen ihr Herren: Discite justitiam moniti! (Seid Gerechtheit, ihr seid gewarnt.)

Ein Sieg über das Germania-Arbeitsbuch. Das „Arbeitsbuch“ hatten die Bäckergesellen wohl fast allgemein auf das tiefste. Namentlich aber diejenigen, die schon einmal die Brutalität, die kleinliche Rachsucht, die Schamlosigkeit, die bei dem kleinsten Anlaß von „Anbotmässigkeit“ durch unanständige Arbeitgeber, durch die Innungen und ihre „Charaktervollen“ Sprechmeister mittels dieses elenden Buches ausgeübt wurden, kennen lernten.

beseitigt ein unausschlicher Haß und Groll gegen dieses Mahregelungsbuch. Jahrzehntelang führen wir den Kampf gegen dasselbe. Endlich scheint auch die Behörde die Unbilligkeit dieses Buches erkannt zu haben. — Der Gesellenausschuß der „Concordia-Innung“ in Berlin hatte sich gegen die neue Sprechordnung gewehrt, die die Bestimmung enthielt, daß nur Kollegen, die im Beizie des Germania-Buches sind, Arbeit erhalten. Er hatte schließlich seine Zustimmung zu dieser Sprechordnung verweigert. Die Innung wandte sich an die Aufsichtsbehörde um Ergänzung der Zustimmung des Gesellenausschusses. Nach Begründung des ablehnenden Standpunktes durch den Gesellenausschuß hatte die Behörde das Ansinnen der Innungsherrn abgelehnt. Der „Vorwärts“ berichtet hierüber folgendes:

„Hierauf beschäftigte sich die Deputation mit der Beratung eines Antrages der hiesigen Bäckerringung „Concordia“, um Ergänzung der verweigerten Zustimmung des Gesellenausschusses zu der Bestimmung in der Arbeitsnachweisordnung dieser Innung, betreffend die Legitimation der arbeitstuchenden Gesellen.

Nach dem Referat des Magistratsrats Lechow beschloß die Innung, nur solchen Gesellen Arbeit nachzuweisen, welche im Besitze eines Lehrgewinnes oder des „Germania“-Arbeitsbuches sind. Nach Angabe der Gesellen haben diese für die Ausfertigung eines solchen Buches 3—13 Mark zu zahlen.

Bürgerdeputierter Kruse tritt für den Antrag der Innung ein. Die Innung habe die Absicht, durch ihren Arbeitsnachweis dem Kommissionärswesen in der Arbeitsvermittlung entgegenzuwirken und die Gesellen vor der Ausbeutung durch die Kommissionäre zu schützen. Sie habe ein Recht, von den Arbeitstuchenden eine ihr genügende Legitimation zu fordern.

Bürgerdeputierter Lohauer hält es für verwerflich, auf diese Weise die Arbeitstuchenden, welche die Gesehgebung nur für jugendliche Arbeiter vorsehe, auch den älteren Arbeitern aufzutragieren zu wollen. Wenn sich die Gesellen hiergegen sträuben und dieser Absicht entschieden entgegenstehen, so sei das Recht auf ihrer Seite. Verlange die Innung eine Legitimation von den Arbeitstuchenden, so genüge ein einfaches Zeugnis, daß der Arbeitstuchende in einer Bäckerei als Geselle gearbeitet habe. Der Einspruch eines Arbeitstuchenden dürfe die Gewerbe-Deputation ihre Zustimmung auf keinen Fall geben.

In ähnlichem Sinne äußerten sich noch die Stadtverordneten Baesner, Borgmann und Magistratsrat Dr. Meher.

Stadtverordneter Goldschmidt erklärt sich ebenfalls gegen die Einführung eines Arbeitsbuches, hält es aber für richtig, daß sich die Innung Gewissheit verschaffe, ob der Arbeitstuchende sein Handwerk ordnungsmäßig gelernt habe.

Die Gewerbe-Deputation beschloß, die von der Innung verlangte Ergänzung des vom Gesellenausschuß verweigerten Zustimmung zu verweigern.

Prof. Dr. Strömer vergleicht der „Brotfabrikant“ über das den „Brotfabrikanten“ als gewerkschaftliches Kampfmittel zulassende Reichsgerichtsurteil, indem er schreibt:

„Es wird in Kreisen des Bäckergewerbes vielfach die Ansicht vertreten, daß das Reichsgericht sein Urteil über den „Brotfabrikanten“ noch leicht revidieren könne und darauf hingewiesen, daß beim Reichsgericht auch Urteile in entgegengegesetztem Sinne gefällt seien. Die letztere Behauptung läßt sich im Augenblick nicht beweisen, würde sie aber den Tatsachen entsprechen, dann wäre sie nur ein Beweis mehr dafür, daß das „Brotfabrikanten“-Urteil nicht so leicht wieder geändert wird, denn das Reichsgericht muß, wenn ein Senat in einer Frage, in der bereits ein anderer Reichsgerichtssenaat entschieden hat, vom Urteil des letzteren abweichen will, in einer Vollversammlung der Senate Stellung zu der fraglichen Sache nehmen. In diese Stellungnahme ist der neuerrichtete Senat dann unbedingt gebunden. Man gehe sich darum keinen trügerischen Hoffnungen hin und sinne auf Selbsthilfe. Das ganze Bäckergewerbe steht sonst vor dem Untergange.“

Ein trauriges Gewerbe, das den sichern Untergang verdient hätte, wäre das Bäckergewerbe, wenn ihm, wie oben das Blatt sagt, der Untergang schon dadurch droht, daß es keinen Arbeitern menschenwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen gewähren muß. Werden die Herren denn nicht, wie sie selbst lügen strafen?

Der Badofen als Desinfektor. Aus Stolz i. R. wird berichtet: Hier ist die Polizei einem gefährlichen Treiben auf die Spur gekommen. Wäsche und Betten von Personen, die an ansteckenden Krankheiten gelitten haben oder an solchen verstorben sind, wurden in letzter Zeit mehrfach von Bäckern in den Badofen geschoben. Die Bäcker glaubten, die Wirkungen der Badofenhitze erzeuge die vorgeschriebene Desinfektion. — Das sieht unsern pommerischen Innungsbrütern ganz ähnlich!

Große Profifabrik in Duisburg-Meiderich. Von einer auswärtigen Gesellschaft wird zwischen dem Gerhardtplatz und der Emmerthalbahn eine große Profifabrik mit Stallung für über 20 Pferde errichtet. Der Bau ist schon weit vorgeschritten.

Die „Arbeitsbeziehung“ schreibt: „Im Bäckergewerbe wird andauernd versucht, auf Erregung neuer Art zu wirken, das Beispiel der Genossen in Frankreich und Ungarn soll durchaus nachgeahmt werden. Sehr interessant ist es hier, daß man sich hauptsächlich auf Forderungen versteht, von deren Undurchführbarkeit man im voraus überzeugt ist. So tritt die neueste Nummer der „Bäckerzeitung“ in einem langen Beitaritel wieder für die Befestigung der Nachtarbeit ein, obwohl es zu dem einfachsten Naturtatfachen gehört, daß Frühstücksbrötchen, die am Morgen frisch sein sollen, in der Nacht gebacken werden müssen. Aber es sollte uns gar nicht wundern, wenn sich eines Tages die Nachwachter organisieren und verlangen würden, daß sie nur am Tage beschäftigt werden, oder wenn die organisierten Schneeschipper für Abschaffung der Winterarbeit Propaganda machten.“ Dieses Scharf-macherorgan ist jetzt zum offiziellen Organ des „Arbeitsbeziehung“ für das Bäckergewerbe“ ansersehen worden. Daher auch die abgründliche Weisheit, daß es „zu den einfachsten Naturtatfachen gehört, daß Frühstücksbrötchen, die am Morgen frisch sein sollen, in der Nacht gebacken werden müssen.“ Und weshalb sollen die Brötchen am Morgen frisch sein? Ei, ganz einfach, weil es der Gaumen der oberen Reintatenden so fordert, deshalb müssen auch Hunderttausend Bäckereiarbeiter 365 Nächte im Jahre froren.

Vom Desinfektor. Unseren Lesern ist der Krieg zwischen Desierung und den Bäckern bekannt, der zwischen dem Sturz Bernards I. als Obermeister der Ber-

liner Bäckerringung herbeigeführt und anderes „Unheil“ angelistet hat. In Thüringen hatten die Mitglieder des Germaniabundes beschlossen, in Gera eine eigene Gesehfabrik zu gründen. Darauf erwiderte Herr Florian, Direktor des Desierung, in einer Sitzung der Bäckerringungskommission in Berlin: „Wir dürfen den Gesehfabrikanten, den uns die Osterländer Bäcker durch ihre Gesehfabrikprojekte hingeworfen haben, nicht liegen lassen. Wir haben uns zu Schutz und Trutz zusammengeschlossen und damit die Pflicht übernommen, Angriffe abzuweisen. Ob wir dies im Falle Gera durch Bau einer Profifabrik, durch Kaappfreie oder durch Sperren tun werden, darüber steht uns die Wahl noch frei. Daß unsere Gegenmaßnahmen unter den Bäckern eine ungeheure Erbitterung hervorrufen werden, ist mir völlig klar. Ich bedauere dies, kann es aber beim besten Willen nicht ändern.“ Die Sprache des Herrn Florian ist eine solche, daß man vermuten muß, er ist sich bewußt, schon die ganzen Bäckerringier in der Tasche zu haben; und die Ausführungen der Vertreter des Germaniabundes klangen dagegen nur wie ein be- und mehmtiges Winken und Betteln, Rücksicht seitens des Großkapitals mit ihnen üben zu wollen!

Allzuviel haben ist ungeeignet, das mußte der Kollege Räs beim Bäckerringier Jöst in Gera a. M. erfahren, der seit der Lohnbewegung 1905 pro Woche 3 Mark mehr verdiente, davon aber nicht mal pro Woche 50 Pf. Verbandsbeitrag übrig hatte. Ein Gauer hat ihm nun 500 Mark bares Geld aus dem Koffer gestohlen, während er ihm 20 Mark in bar und zwei Sparfassenbücher über 1800 Mark liegen ließ. Von dem Spitzbuben hat man noch keine Spur.

Aus Heidelberg. In der Anzeige wegen vorhandener Mißstände seitens des Bäckerverbandes gegen den Bäckerringier Konrad Zahn wurde der flagenden Partei folgende Antwort von der Staatsanwaltschaft zu teil:

„Das Verfahren wird eingestellt. Durch die Erhebungen ist nachgewiesen worden, daß die Margareta Bähr, Schwägerin des beschuldigten Zahn, tatsächlich früher mehrfach den Kessel, der zum Sieben von Brezeln benutzt wird, zum Kochen von Wäsche gebraucht hat. Dies gibt die Bähr selbst zu und dies wird auch durch die Zeugenaussagen der Bäckerringier Ernst, Burthardt, Holtermann und Bürgel bestätigt. Die beschuldigte Bähr behauptet nun, daß sie in dem Brezelskessel seit dem Winter 1905/06 keine Wäsche mehr gekocht hat, sondern von da stets einen zweiten Kessel — der tatsächlich vorhanden ist — verwendet. Zahn selber habe nichts davon gewußt, daß sie den Brezelskessel mißbraucht; in dem Augenblick, wo er von dem Mißbrauch Kenntnis erhielt, habe er sie nachdrücklich zur Reue gelehrt und ihr strenge die Benutzung dieses Kessels unterlagt. Dieses Verbot habe sie auch befolgt. Durch die Zeugenaussagen (zurzeit in Hirschhorn), der vom September 1901 bis Oktober 1903 bei Zahn beschäftigt war, Holtermann (zurzeit in Eppelheim), vom 9. Dezember 1905 bis 30. Juni 1906 bei Zahn, Burthardt (zurzeit in Bremerhaven), im April 1905 und März 1906 bei Zahn, und Bürgel (zurzeit bei Zahn) konnten die Angaben der Bähr und des Zahn nicht widerlegt werden. Nach den Aussagen von Holtermann ist in der Osterwoche (15. bis 21. April 1906) letztes im Brezelskessel Wäsche gekocht worden. Der Zeuge Bürgel hat seine Behauptung, nach dieser Zeit sei dies nochmals geschehen, nicht aufrecht erhalten können, als er das Vorhandensein des zweiten Kessels erfuhr. Die Beschuldigten haben sich also gegen die Bestimmungen der §§ 147 Abs. 4, 120 a St.-G.-B., §§ 97 a, 94 des badi-schen Polizeistrafgesetzbuches in Verbindung mit der Verordnung des Groß-Ministeriums des Innern, die Einrichtung und den Betrieb der Bäder- und Conditorien betr., vergangen. Die Verfolgung eines Vergehens gegen §§ 147 Abs. 4, 120 a St.-G.-B. verjährt nun nach § 145 Abs. 2 St.-G.-B. in drei Monaten, ebenso auch die Verletzung der Bestimmungen des Polizeistrafgesetzbuches nach § 67 Abs. 3 St.-G.-B. Das Verfahren war also wegen Verjährung der Strafverfolgung einzustellen; die Verjährung ist vor Eingang der Anzeige eingetreten.“

Der Amtsanwalt II. Frisch. Der Herr Zahn kann also von Glück sagen, daß er noch einmal angerufen worden ist. Die Konsequenzen werden jedoch nicht sehr erbaulich sein, zu hören, daß bis in dieses Frühjahr hinein die Brezeln und die Wäsche in dem gleichen Kessel gekocht wurden.

Aus Speyer schreibt man uns: „Eine eigenartige Einweisung ihres neuen Lokals vollzog die hiesige Bäckerringung. Wegen Umbau des Cafe Oberndorfer verlegte dieselbe ihr Lokal in die „Sonne“, dessen Einweihungsfeier am Donnerstag mit Musik der sich gina. Gleich-zeitig verband man damit eine Versammlung, in der über einen weiteren Brotaufschlag diskutiert wurde. Ging es bei der dem kürzlich erst erfolgten Brotaufschlage vorhergegangenen Versammlung schon hoch her, da nicht alle Mitglieder mittun wollten, so gerieten die Herren vom Brottrog sich diesmal gewaltig in die Haare. Zulezt griff Bäckerringier Freijemayer zum Messer und brachte seinem Kollegen Gelmstädter eine Verletzung am Kopfe bei. Das war das Zeichen zu einem allgemeinen Angriff. Man prügelte den Messerheben gehörig durch und rief ihm die Kleider vom Reibe. Bei dieser Prügelei wurde selbst die große Trommel der Kapelle eingeschlagen. Freijemayer wurde so zugerichtet, daß er Donnerstag Nacht nicht ins-Bande war, seine Warte für Freitag früh zu lassen, sondern mußte dieselbe von einem anderen Bäckerringier beziehen. Ein gerichtliches Nachspiel dürfte diese „Feier“ noch mit sich bringen. Wenn es übrigens wahr sein sollte, wie man uns berichtet, daß das an einzelne Wirte zu liefernde Brot keinen Aufschlag erhält, so finden wir das Vorgehen einiger Bäckerringier, die hauptsächlich auf Arbeiterkundschaft angewiesen ist, für begreiflich, daß sie nicht gewillt sind, den Aufschlag mitzumachen. Allerdings rechtfertigt diese „Einweihung“ mit ihren Folgen einen Aufschlag bei den Herren Innungsmitgliedern.“

„Kollegialität“ der Bäckerringier in Erfner bei Berlin. Eine überraschende Aufführung haben die Diebstahle gefunden, welche seit langer Zeit auf dem Güterbahnhof in Erfner stattfanden. Durch einen eigenartigen Zufall ist es jetzt gelungen, den Dieb in der Person des Bäckerringiers B. zu ermitteln. Eine hiesige Wochenschrift hatte eine Lore Ware für verschiedene Bäcker in Erfner und Umgebung nach dem Güterbahnhof Erfner dirigiert, und der Bäckerringier B. aus dem genannten Vororte wollte das für ihn gelieferte Mehl vom Bahnhof abholen. Nachdem er bereits mit der Verladung der Ware begonnen hatte, wurde B. und der ihn begleitende Geselle für wenige Minuten abgerufen. Als der Bäcker wiederkehrte, waren von der Ladung vier Säcke Mehl verdrungen. Einige Stunden später traf B. den

[illegible]

Patentbericht, mitgeteilt vom Patentanwalt Dr. Fritz Jachs, dipl. chem. Ingenieur und Ingenieur Alfred Hambarger, Wien VII., Eisenhüttenstr. 1. Auskünfte in Patentangelegenheiten werden Abonnenten dieses Blattes unentgeltlich erteilt. Gegen die Erteilung unten angeführter Patentanmeldungen kann binnen zwei Monaten Einspruch erhoben werden. Zusätze aus den Patentbeschreibungen werden von dem angeführten Patentenwaltsbureau möglicherweise, Österreich: Angelegt am 1. Nov. 1906. Einspruchsfrist bis 1. Januar 1907. Kl. 2b. Firma Friedrich & Hansen in Wien. Selbstwirkender Sicherheitsverschluss für Pump- und Quetschmaschinen zur Verhütung des Öffnens des Deckels bei eingestrichem Nehrwerk und des Einrückens des letzteren bei geöffnetem Deckel, gekennzeichnet durch einen mit einem Zahnrads am dem Deckelbarnier in Eingriff stehende Zahnkranz, welche bei geschlossenem Deckel am eingestrichen Nehrwerk durch einen mit der Ein- und Ausrückvorrichtung in Verbindung stehenden Niegel an ihrer Fortbewegung verhindert wird, während sie in der vorgeschriebenen Stellung, die sie bei geöffnetem Deckel einnimmt, eine Bewegung des Niegels und dadurch die Einrückung des Nehrwerkes hindert. Deutsches Reich: Angemeldet am 29. Oktober 1906, Einspruchsfrist bis 29. Dezember 1906: Kl. 2b. Peter Rippert, Aachen, Niederelstraße 27. Doppelst. schraubenförmiger Quetsch- und Misch-Niegel für Quetschmaschinen. Kl. 2b. D. Peter, Barcelona. Quetschmaschine mit einem längs der Walze hin- und hergehenden, auf einem Schlitzen gelagerten Quetschkegel und einer längs der Walze angeordneten Antriebswell. D. N. Gebrauchsmuster: Kl. 2a. Hermann Casper. Treiben-Triebwerk. Aus feuerfestem Material hergestellt. Nachweisrecht zum Abhalten der Stge. 290-296. Kl. 2. Nikolaus Tommann. Railcar. Maschine zur Fortleitung von Frachten. 297-369.

Bemerkenswertes aus den Mitgliedschaften

In Berlin tagte am 30. Oktober eine gut besuchte Versammlung in Kellers Saal, die sich mit dem Fortschrittsbruch der Arbeiterbewegung beschäftigte. Nachdem, der über diese Angelegenheit informierte, kennezeichnete das Verhalten der Arbeiter hinsichtlich der Arbeitervermittlung als Fortschrittsbruch, die nur zu dem Zweck ins Werk gesetzt werde, um eine gewöhnliche Pöhl von Streikbrechern zur Verfügung zu haben, um den Kampf, der von den Meistern vorbereitet werde, der Meistern empfiehlt folgende Resolution: Die Versammlung schließt an den Ausführungen des Meisterrathes an und ganz an. Sie spricht ihren Vertretern in der Arbeiter-Kommision ihr volles Vertrauen aus und macht die Anforderungen bestehen, deren Erfüllung erst ein

Essen a. d. Ruhr. Am 4. November fand unsere Mitgliederversammlung bei von de Loo mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vortrag des Kollegen Dand über die Entfaltung der Gewerbegerichte. 2. Quartalsbericht und wie stärken wir unsere Lokalkasse? 3. Wahl eines ersten Vorsitzenden. 4. Kartellbericht. 5. Verschiedenes. Kollege Dand schilderte eingehend die Entfaltung und Verbesserung der Gewerbegerichte in seinem einstündigen Vortrage und erinnerte die Kollegen an ihre jetzt anlässlich der Gewerbegerichtsbeisitzernwahl in Essen obliegende Pflicht. Jeder Kollege muß sich bei der Flugblattverbreitung in den bekannten Lokalen einfinden. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung schilderte uns der Kassierer unsere finanzielle Lage. Nach längerer Diskussion wurde mit großer Majorität folgender Antrag angenommen: Jedes Mitglied ist verpflichtet, zwei Extrabeiträge à 50 $\frac{3}{4}$ pro Quartal zu fleben. Aus der darauf stattfindenden Wahl ging Kollege Houtz als erster Vorsitzender hervor. Den Kontrollbericht erstattete Kollege Heiter. Unter Verschiedenes ernannte Kollege Houtz die Kollegen, tüchtig zu agitieren, damit wir endlich einmal Breche in die Maßnahmen der Innungsbräuter zu schlagen imstande sind. Es wurde noch bekannt gegeben, daß am 18. November bei von de Loo eine öffentliche Versammlung stattfindet.

Eingefandt.

Erwin Bruno

München, den 3. November 1908.
Carl Meier.